VR China auf der Seite der Völker Seite 2

1H 20150 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 47 vom 1. Dezember 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Bonn befiehlt Verzicht: Lasst Euch das nicht bieten!

Vollbesetzte Mannschaftswagen der Polizei jagten am Wochenende durch die Straßen, um jedes fahrende Auto zu stoppen und zu kontrollieren. Millionen Privatwagen standen still. Wer ohne Sondergenehmigung fuhr, zahlte ein Bußgeld in Höhe von 400 DM bis — im Wiederholungsfall – 150 000 DM.

In den meisten Betrieben sind die Heizungen fast abgedreht. Als sich in einem Dortmunder Betrieb Kollegen beim Meister beschwerten, wurde ihnen empfohlen, sich warm zu arbeiten.

In NRW werden die Schulen künftig nur noch 5 Tage pro Woche unterrichten, die Weihnachtsferien werden um 1 Woche verlängert. Energiesparen auf Kosten der Volksbildung.

In einer Fernsehrede am Sonnabend bezeichnete Brandt diese Maßnahmen als notwendige Einschränkung für alle. Tatsache aber ist, daß Bonn nach innen den Notstand vorbereitet und erprobt, um der kommenden Wirtschaftskrise und dem bevorstehenden Ölmangel Herr zu werden.

Die Krise der westdeutschen Wirtschaft breitet sich merkbar aus. Von der Bauindustrie über die Textil- bis zur Metallindustrie: Kurzarbeit, Stillegungen, Entlassungen. Hinzu kommt die Verschärfung der Situation durch den bevorstehenden Ölmangel.

Auf der anderen Seite die Kampfkraft der Arbeiter in den Betrieben. Die Auguststreiks, die zum Teil durch Polizeigewalt niedergeschlagen worden sind, haben die Arbeiter nicht entmutigt, sondern haben sie gelehrt, den Feind klarer und besser einzuschätzen. **Inflation, Entlassungen, Energieentzug, werden die Werktätigen nicht kampflos hinnehmen. Das weiß auch die Bonner Regierung — und sie trifft ihre Maßnahmen und bereitet sich vor. Bonn probt den Notstand.**

Das Fahrverbot am Sonntag hat als Einsparungsmaßnahme selbst kaum eine Bedeutung. Der Benzinverbrauch des Privatverkehrs macht weniger als 25% des gesamten Ölverbrauchs aus. Das Sonntagsfahrverbot bringt dabei eine Einsparung von 7%, was aber für den Gesamtölverbrauch gerade 1,7% weniger Verbrauch bedeutet.

Die Regierung aber nutzt die Chance der Energiesituation, um die Notstandsgesetze und ihre Anwendung bei der Bevölkerung vertraut zu machen. Müssen heute Millionen Menschen auf Befehl kurzerhand ihr Auto stehen lassen und zuhause bleiben, so ist das bereits eine praktische Vorübung für ein totales Ausgehverbot in einer anderen Situation. Entsprechend drastisch sind die Strafen bei Verstößen: im Wiederholungsfall bis zu 150.000 DM. Bei Verdacht auf mögliche Verstöße kann das Auto sogar von der Polizei 'vorbeugend' eingezogen werden.

Die Bevölkerung soll lernen, innerhalb kurzer Zeit auf wichtige Dinge ihres Lebensstandards zu verzichten. In seiner Rede sagte Brandt: "Die Energiekrise kann auch zu einer Chance werden. Wir lernen in diesen Wochen, was in Vergessenheit zu geraten drohte, daß Egoismus nicht einmal den Egoisten hilft, daß wir vielmehr auf gegenseitige Hilfe angewiesen sind." **In der Tat ist der Klassenfrieden in "Vergessenheit geraten", daran wird auch Brandts Appell an die Klassenzusammenarbeit nichts ändern.** Das Proletariat war noch

Fortsetzung auf Seite 2



Das Volk soll wieder Schlange stehen lernen

Solidaritätsdemonstration für das kämpfende griechische Volk

Tod dem Faschismus! Freiheit für Griechenland!

Am Samstag, den 24. November, führten die Organisation Griechischer Marxisten-Leninisten OGML und die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten eine gemeinsame Demonstration und eine anschließende Veranstaltung in Duisburg durch. Obwohl die Demonstration kurzfristig angekündigt werden mußte, erschienen dennoch etwa 70 Teilnehmer, Griechen und Deutsche. Unter den Losungen "Tod dem Faschismus – Freiheit für Griechenland! – Laokratia (Volksherrschaft)! – Nieder mit der Nato! – Nieder mit dem Warschauer Pakt! Sieg im Volkskrieg – Klassenkampf im eignen Land!" marschierten die Demonstranten von Duisburg-Hochfeld in die Stadtmitte.



Während des Marsches hielt die Kolonne mehrmals an, insbesondere vor den Stammlokalen der griechischen Kollegen. Es wurden Kurzkundgebungen abgehalten, zu denen die griechischen Kollegen aus den Lokalen auf die Straße kamen und begeistert Beifall spendeten.

Bei der Schlußkundgebung in der Stadtmitte wiesen die Redner in griechischer und deutscher Sprache noch einmal auf die Lage des kämpfenden griechischen Volkes hin und forderten zum Klassenkampf gegen den westdeutschen Imperialismus auf, einem der Komplizen der brutalen Junta in Griechenland.

Bei der anschließenden Veranstaltung in einem griechischen Lokal in der Stadtmitte gingen die Redner genauer auf die Entwicklung des Kampfes in Griechenland ein. Sie gaben eine eingehende Schilderung der Ereignisse in Athen, Saloniki, Patras und anderen griechischen Städten und zeigten vor allem die Begebenheiten auf, die die westdeutschen Massenmedien unterschlagen hatten.

Im einzelnen schilderten die Redner die Entfaltung des Kampfes in Athen so: Gegen die zehntausend Bauarbeiter und Studenten, die das TH-Gelände in Athen besetzt hielten, war die Polizei machtlos, da zu gleicher Zeit überall in Athen kurze Demonstrationen und Kundgebungen gegen die Junta stattfanden und die Kräfte der Polizei zersplittert waren. **Wo es zum Handgemenge mit der Polizei kam, versorgten die Frauen der anliegenden Häuser die Demonstranten mit Latten und Eisenstangen. Viele Taxifahrer fuhren die Demonstranten unentgeltlich von einem Sammelpunkt zum anderen und entzogen sie so dem Zugriff der Polizei, mit der es an vielen Stellen zum Schußwechsel kam. Die Losungen des Kampfes kamen vom 'illegalen' Sender auf dem TH-Gelände: "Laokratia! — Nieder mit der Nato! — Nieder mit der Junta! — Amis raus aus Griechenland!"**

Fortsetzung auf Seite 5

Ölboykott trägt erste Früchte

Unter dem Eindruck des Ölboykotts durch die arabischen Länder und die dadurch drohende Ölverknappung hat nach der Europäischen Gemeinschaft nunmehr auch die Regierung des imperialistischen Japan Israel offiziell aufgefordert, **die widerrechtlich besetzten arabischen Gebiete zu räumen.** Inzwischen hat auch die Regierung der Niederlande eine ähnliche Erklärung abgegeben. Damit erweist sich der Ölboykott als scharfe Waffe im Kampf um die Befreiung der besetzten Gebiete und die Wiederherstellung der Rechte des palästinensischen Volkes.

Die Zugeständnisse der EG und Japans beinhalten allerdings noch nicht den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den israelischen Zionisten. Das aber wäre der folgerichtige nächste Schritt, wenn die Zionisten der Aufforderung nicht Folge leisten.

Dies gilt insbesondere für die imperialistische DBR. **Statt Fahrverbot, Einschränkungen und salbungsvollen Reden des Kanzlers — Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel, Schluß mit der Unterstützung der israelischen Zionisten und ihrer Raubpolitik und Unterstützung der gerechten Sache der arabischen Völker und des palästinensischen Volkes.**

Proletarischer Internationalismus

Richtschnur der Aussenpolitik der VR China

Im Zusammenhang mit dem Krieg in Nahost entfachten die sowjetischen Sozialimperialisten eine wüste Hetze gegen die Volksrepublik China. Sie behaupten, die VR China habe den Kriegsausbruch in Nahost mit unverhohlener Genugtuung zur Kenntnis genommen und erklärt, der neue Krieg beweise, daß die "Entspannung ein vorübergehendes und oberflächliches Phänomen" sei. Es sei das "Hauptziel der chinesischen Führung" gewesen, "die Sowjetunion und die USA in den Konflikt zu verwikkeln" und so eine "Verschärfung der Spannung zwischen den beiden Ländern und ... sogar einen direkten militärischen Zusammenstoß" zu bewirken. Die VR China sei nur daran interessiert gewesen, die Flammen des Krieges anzufachen. Diesen Verleumdungen hängen die sowjetischen Sozialimperialisten die heuchlerische Behauptung an, die "Stärkung und Vertiefung der Hinwendung zur Entspannung" sei die wichtigste Entwicklung in der Welt.

Was sind diese Verleumdungen wirklich wert?

Unter Entspannung verstehen die sowjetischen Sozialimperialisten den Burgfrieden mit den US-Imperialisten, dem sich alle Völker zu beugen haben. Der Imperialismus aber, auch der sowjetische, bleibt in seinem Wesen räuberisch und aggressiv und eine Entspannung ist nur möglich, indem die Völker den Imperialismus besiegen. **Eine wirkliche Entspannung im Nahen Osten kann es erst dann geben, wenn sie nicht vom Komplott der Supermächte diktiert ist, sondern wenn die arabischen Gebiete von den israelischen Zionisten geräumt und die Rechte des palästinensischen Volkes wiederhergestellt sind.**



Den Frieden bringt nur der Kampf!

Die Außenpolitik der VR China ist vom proletarischen Internationalismus geleitet. Das heißt, daß sie nicht die friedliche Koexistenz zum höchsten Ziel ihrer Außenpolitik erklärt – diese Verdrehung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz hatte Chruschtschow propagiert – sondern dem Kampf der um ihre Befreiung ringenden Völker und der um den Sozialismus kämpfenden internationalen Arbeiterklasse den Vorrang gibt. Deshalb steht die VR China stets auf der Seite der unterdrückten Völker im Kampf gegen die imperialistische und sozialimperialistische Unterdrückung. Die 'Entspannung', wie sie von den beiden Supermächten den arabischen Völkern aufgezwungen worden war, führte zur Besetzung weiter Gebiete Ägyptens und Syriens durch die israelischen Zionisten, der Speerspitze des US-Imperialismus im Nahen Osten, und zur Entrechtung des palästinensischen Volkes. Diese 'Entspannung' sollte den Zustand "Weder Krieg noch Frieden" wiederherstellen, unter dem die Supermächte USA und Sowjetunion die unterdrückten Völker ihrer gemeinsamen Vorherrschaft gefügig machen können. **Um dies zu erreichen, heckten die US-Imperialisten gemeinsam mit den sowjetischen Sozialimperialisten die Waffenstillstands-Resolution aus und peitschten sie mit den übelsten Mitteln im Weltsicherheitsrat durch, indem sie z.B. ihren Text erst während der Debatte verteilten und den Delegierten keine Zeit ließen, ihn zu studieren. Eine solche 'Entspannung' ist allerdings eine vorübergehende, oberflächliche Erscheinung.**

Kein Frieden ohne Befreiung der dritten Welt!

Wer verfolgt das Ziel der Vorherrschaft im Nahen Osten? Doch nicht die VR China, sondern die beiden Supermächte. Der saudiarabische UNO-Delegierte Baroody drückte das klar aus, als er sagte, **"USA und Sowjetuion verfolgten wieder einmal ihre Machtpolitik, konkurrierten um Einflußgebiete und betrachteten den Nahen Osten als Schachbrett ihres politischen Glücksspiels."** Deshalb, und nicht weil es die VR China so wollte, waren die Supermächte von Anfang an in den Konflikt verwickelt, den sie jetzt mit einer Scheinentspannung wieder glätten wollen. Aber die Tage sind vorbei, in denen sie die Angelegenheiten der Welt manipulieren undbeherrschen konnten.

Die korrekte, vom proletarischen Internationalismus geleitete Außenpolitik der VR China findet großen Anklang bei den Völkern der Dritten Welt. Dies zeigte sich auch bei der UNO-Vollversammlung. So sagte der argentinische Außenminister, **die Welt dürfe nicht zulassen, daß die großen Mächte unter dem Vorwand der Entspannung "aufs neue Einflußsphären unter sich aufteilen, um ihre jeweilige Hegemonie zu praktizieren."** Der Außenminister von Burundi stellte fest, daß **"der Antagonismus der Supermächte in gewissen Teilen der Welt Kriege fortbestehen lasse."** Der peruanische Außenminister betonte: **"Jedes Friedenssystem, das die Befreiung der Völker der Dritten Welt ignoriert ... ist ein ungerechtfertigter Frieden, nicht der Frieden der Dritten Welt."**

Das Komplott der Supermächte, des US-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus, und ihre Konkurrenz um die Weltherrschaft sind gegenwärtig die größte Gefahr für den Frieden in der Welt.

Die Opposition der Dritten Welt gegen die Vorherrschaft der Supermächte wächst. Immer klarer erkennen die Völker, daß die VR China mit ihrer korrekten, vom proletarischen Internationalismus geleiteten Außenpolitik ihren Kampf gegen US-Imperialismus und sowjetischen Sozialimperialismus unterstützt. Immer enger schließen sich die Völker der Dritten Welt um die VR China und die VR Albanien zusammen, nicht nur in der UNO. Die wüsten Verleumdungen der sowjetischen Sozialimperialisten können daran nichts ändern.

Fortsetzung von Seite 1

nie auf die 'Hilfe' der Imperialisten angewiesen, von dort hat es nur Unterdrückung, Elend und Krieg zu erwarten. Hilfe hat es bisher nur aus sich selbst heraus schaffen können, durch den festen Zusammenschluß gegen die Imperialisten und durch das Vertrauen auf die eigene Kraft.

An anderer Stelle sagte Brandt: "Ich bin überzeugt, die Jungen und die Älteren werden zeigen, was Solidarität ist ... man kann uns dann nicht erpressen, wenn wir der Not begegnen, ehe sie uns wirklich auf den Nägeln brennt."

"Gegen Erpressung von außen" die Zusammenarbeit von Imperialisten und Arbeiterklasse – der alte Nazitrick! Mit Appellen an die Tradition der Arbeiterbewegung, an das was ihr heilig ist, die Solidarität, mit solchen Appellen die Werktätigen vor den Karren der imperialistischen Aggression zu spannen, das ist Brandts Wunsch.

Während die Regierung, der imperialistische Staat den Notstand probt und vorbereitet, tun die D'K'P-Revisionisten das ihre, um davon abzulenken.
Auf einer Demonstration in Essen marschierten sie mit der Parole "Wer treibt die Preise – die Ölkonzerne". "Wer macht den Notstand – die Ölkonzerne." Sie verschwiegen völlig, daß es der imperialistische Staat mit der Brandt-Regierung ist, der die Notstandsverordnung erlassen hat, daß der Staat selbst der größte Preistreiber ist.

Eine andere Parole "Fahrstopp für die Bundeswehr" soll die Illusion erwecken, als ob der westdeutsche Imperialismus seine Kriegsmaschinerie je hinter die Interessen des Volkes hinansetzen würde.

Sie erwähnten nicht einmal, daß Bonn mit seiner Unterstützung der zionistischen Aggression im Nahen Osten die arabischen Länder zu erpressen versucht. Im Gegenteil. Sie überfielen Genossen unserer Partei am Rande der Demonstration und zerrissen deren Rote Morgen mit der Titelzeile: "Bonn unterstützt israelische Aggression auf unsere Kosten." Sie sind wahrhaftig die besten Verbündeten der Imperialisten.

Die Empörung unter der werktätigen Bevölkerung über die Bonner Notstandsverordnung aber wächst. Sie spüren, daß der Feind nicht im Nahen Osten, sondern im eigenen Land steht. Telefonistinnen im Bonner Wirtschaftsministerium berichteten von einem 'Inferno' von Anrufen "aus allen Ecken und Enden des Landes". "Fast jeder zweite schimpfte nur, er werde nie wieder SPD wählen, und dann wird einfach abgehängt."

Sicher, die Telefonanrufe in Bonn werden nichts ändern. Aber sie zeigen, daß sich immer weniger Kollegen Illusionen über die SPD-Regierung machen.

KAMPF DER BONNER NOTSTANDSVERORDNUNG AN ALLEN FRONTEN!

Sowjetisches Öl für Bonn - Ein imperialistisches Geschäft

In Bonn wurde überlegt, wie man zukünftig an Öl herankommt, ohne die Unterstützung der israelischen Aggression in Nahost aufgeben zu müssen. Nicht zufällig in diesem Augenblick kam aus Moskau ein Angebot, das den westdeutschen Imperialisten einen Ausweg ermöglicht: Öl aus der Sowjetunion.

Die Sozialimperialisten in Moskau erklärten ihre Bereitschaft mit Bonn über eine Ölpipeline zu verhandeln, die sowjetisches Öl direkt bis nach Kassel pumpt.

Noch auf der letzten Tagung des sozialimperialistischen Wirtschaftsblocks 'Comecon' in Prag hatten die osteuropäischen Länder eine Abfuhr aus Moskau erhalten: Sowjetisches Öl für die osteuropäischen Länder wird rapide gedrosselt, sie sollten gefälligst selbst sehen, wo sie ihr Öl herkriegen.

Westdeutschland hingegen erhält umfangreiche Lieferungen von Erdgas und Uran aus der Sowjetunion. Und außer sowjetischem Strom soll jetzt sogar noch Öl nach Westdeutschland fließen.

Wie erklärt sich das? Zum einen sind es die westlichen Devisen, die durch das Ölgeschäft nach Moskau fließen. Mit ihnen hoffen die Kremlherren, ihre von Krisen geschüttelte Wirtschaft über Wasser zu halten. Vor allem aber schaffen Energielieferungen nach Westeuropa wirtschaftlichen und politischen **Einfluß für den SU-Imperialismus: Sie können verstärkt Druck auf die westeuropäischen Länder ausüben. Für die Sozialimperialisten in Moskau bedeutet das eine Verbesserung ihrer Position im Gerangel mit dem US-Imperialismus um die Vorherrschaft in Europa.**

Das Ölangebot an Westdeutschland erfolgt nicht zufällig in einer Situation, wo die arabischen Länder durch Ölboykott und Öldrosselung die imperialistischen Länder zur Aufgabe ihrer antiarabischen Politik bringen wollen.

Heuchlerisch haben die SU-Imperialisten den arabischen Erdölboykott in Worten gutgeheißen. Tatsächlich aber nutzen sie diese Situation, die durch den gerechten Kampf der arabischen Völker entstanden ist, für ihre imperialistischen Ziele in Westeuropa aus. Damit sabotieren sie auch an der Ölfront den Kampf der arabischen Völker gegen die zionistischen Besatzer.

Es ist klar, daß allein schon die Aussicht auf sowjetische Öllieferungen den westdeutschen Imperialisten freiere Hand geben wird, um ihre antiarabische Politik in Nahost weiterhin zu verfolgen.



Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund, Hörde, Postfach 526. PSchKto Essen Nr. 464 20 – 435 (G. Schubert). Tel.: 0 21 41 / 22 82 59. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Duisburg.
Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36, Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisungen auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Stahltarifrunde in NRW

Aus den Auguststreiks lernen!

Am 20.11. haben die Stahlkapitalisten in der laufenden Tarifrunde ein 'Angebot' vorgelegt: 9,9% mehr Lohn für eine Laufzeit von elf Monaten. Bedenkt man, daß die Stahlarbeiter seit einem Monat sowieso schon 70 DM weniger bekommen (seitdem werden die im Sommer vereinbarten 280 DM nicht mehr gezahlt), so bleiben von den angeblichen 75 Pfg. mehr pro Stunde ganze 35 Pfg. über.
Das ist nackter Lohnraub.

Die sich weiter verschärfende Krise soll diesen 'Lohnverzicht' angeblich notwendig machen, um die Arbeitsplätze zu sichern.

Sicher, Entlassungen und Kurzarbeit sind eine Tatsache: die Fordkapitalisten haben inzwischen für zwei Wochen Kurzarbeit angemeldet. Von weiterer Kurzarbeit im Februar wird gesprochen. Kurzarbeiten sollen auch die Arbeiter bei Opel in Rüsselsheim, Kaiserslautern und Bochum. Rheinstahl in Dortmund will mehrere hundert Arbeiter entlassen. Aber es ist kein Zufall, daß die Krise gerade jetzt von der bürgerlichen Presse, von den Kapitalisten und von Kanzler Brandt geradezu beschworen wird, während noch vor wenigen Wochen jeder, der von Krise sprach, als kommunistischer Lügner hingestellt wurde.

Mit der Angst vor der Arbeitslosigkeit sollen die Arbeiter, die sich in den letzten Kämpfen immer offener gegen das Kapital und seine Handlanger stellten, eingeschüchtert werden. Das zeigt sich deutlich in der Stahltarifrunde in NRW.

Brecht den Tariffrieden

Die Große Tarifkommission NRW hat das 'Angebot' zunächst einmal abgelehnt. Bei Redaktionsschluß war noch nicht bekannt, wann und wie die Verhandlungen enden werden. Trotzdem ist heute schon sicher: Kapitalisten und Gewerkschaftsbonzen hauen uns übers Ohr.

Sie werden in "harten Verhandlungen" beschließen, daß die Stahlarbeiter verzichten müssen.

Eine wirkliche Lohnerhöhung wird es für die Stahlarbeiter nur geben, wenn sie den Kampf selbst in die Hand nehmen. Schon nach dem 46-Pfg.-Verrat im Januar haben die Arbeiter bei Hoesch und bei Mannesmann den Tariffrieden durchbrochen. Das wird auch diesmal so sein. Bei diesen Kämpfen gilt es, die Erfahrungen aus den Streiks im Sommer zu beherzigen. Das heißt:

Kein Vertrauen in die Gewerkschaftsbonzen. Sie haben sich von den spontanen Streiks bei Hoesch und bei Mannesmann distanziert. Sie haben auf Stadtteilversammlungen und in Anweisungen an die Vertrauensleute offen zum Streikbruch bei spontanen Kämpfen aufgerufen. Sie haben bei diesen Streiks begonnen, Kommunisten und andere fortschrittliche Kollegen aus den Gewerkschaften auszuschließen. Sie werden auch diesmal mit allen Tricks versuchen, den Arbeitern die Waffe des Streiks aus der Hand zu schlagen.

Das heißt: die Streiks müssen von Anfang an von den klassenkämpferischsten Kollegen organisiert werden. SIE müssen in die Streikleitung gewählt werden. Die Streikleitung muß die Führung des Streiks fest in der Hand behalten. Sie muß auch die Verhandlungen mit den Kapitalisten führen. Der Streik darf erst aufhören, wenn die Forderungen der Kollegen erfüllt sind.

Vorsicht bei den Revisionisten von der D'K'P. Sie werden darauf pochen, daß sie als Kommunisten am besten wissen, was den Kollegen nützt. Sie werden versuchen, die Kollegen aus dem Betrieb herauszulotsen wie bei Mannesmann, wo sie zu Kundgebungen vor dem Tor und zu einer Demonstration aufriefen, mit dem einzigen Ziel, den Kampf im Betrieb zu sabotieren. Sie werden mit dem Grundgesetz und dem BVG unter dem Arm daherkommen und auf das garantierte Streikrecht pochen. Sie werden bei Entlassungen während und nach dem Streik versprechen, daß die Gesetze und die Gerichte auf der Seite der Arbeiter stehen.

Die Erfahrungen der letzten Zeit haben dagegen gezeigt, daß das nicht stimmt. Hella, Pierburg und Ford waren keine Ausnahmefälle. Auch auf der letzten Belegschaftsversammlung bei Hoesch waren zivile Kripobeamte. **Solche Polizeispitzel müssen hinausgeworfen werden. Wenn die Polizei bei den kommenden Kämpfen auftaucht – und sie wird mit Sicherheit eingesetzt – muß von vornherein auf jede Provokation entsprechend geantwortet werden. Streikposten sind keine Empfangskomitees für die Polizei, sondern Wachposten der kämpfenden Arbeiter.**

Kapital, DGB-Führung und Revisionisten werden mit allen Mitteln, mit Lügen und Gewaltmaßnahmen versuchen, die kämpferischsten Kollegen, die die am klarsten blicken, zu isolieren und und zu verfolgen. **Sie werden vor allem versuchen zu verhindern, daß Kommunisten in den Streikleitungen auftreten. Keine Parteipolitik! werden sie zum Beispiel sagen.**
Die Stahlarbeiter brauchen aber gerade eine Streikleitung, die konsequent für ihre Interessen, für die Interessen der Arbeiterklasse, Partei nimmt.

Alle Versuche, die klassenkämpferische Einheit der Kollegen gegen das Kapital und seine Handlanger zu spalten, müssen von Anfang an zurückgewiesen werden.

Kampf gegen Entlassungsterror in Bremen

'Euch werden wir's noch zeigen!'

Korrespondenz. Mitte November wurden in der Werkzeugmacherei bei der AG Weser in Bremen Unterschriften gegen einen Betriebsrat gesammelt. In der Resolution sprachen die Kollegen dem Betriebsrat ihr Mißtrauen aus. Unter anderem, weil er versucht hatte, den Kollegen den neuen Programmlohn (eine perfide Verschärfung des Akkords) schmackhaft zu machen. Als dem Betriebsrat die Resolution vorgelegt wurde, ging er sofort daran, unter den Kollegen „Rädelsführer" ausfindig zu machen. *



Betriebszeitung für die Arbeiter und Angestellten der AGW

Am Montag darauf, den 19.11.73, wurde ein Kollege aus dieser Abteilung entlassen. Für die Kündigung wollten Direktion und Betriebsrat keine Gründe nennen.

Gleichzeitig mit diesem Kollegen sollte eine Jugendvertreterin von der AG Weser entlassen werden. Damit wollten Geschäftsleitung und Betriebsrat einen Schlag gegen die klassenkämpferische Arbeit der Jugendvertretung führen. Die Jugendvertretung brachte sofort ein Flugblatt heraus und verteilte es vor dem Tor. Einen Tag kämpften die Jugendlichen gegen alle Spaltungsmanöver des Betriebsrats für eine Jugendversammlung. Mit Erfolg. **Auf dieser Versammlung standen alle Kollegen fest hinter ihrer Jugendvertretung und erzwangen durch ihr entschlossenes und einheitliches Auftreten die Zurücknahme der Kündigung.** Der entlassene Kollege, obwohl laut Betriebsverfassungsgesetz nicht zur Jugendversammlung zugelassen, berichtete von seiner Entlassung und rief zum gemeinsamen Kampf auf. Betriebsrat und Ausbildungsleitung, am Anfang bemüht, die Versammlung zu sprengen, machten sich eilig aus dem Staube.

Wenn auch die Entlassung des Kollegen nicht durch Kampfaktionen der Belegschaft verhindert wurde – die Position der verräterischen Betriebsräte ist schwächer denn je. Sie müssen befürchten, daß das Beispiel der Werkzeugmacherei, die ihrem Betriebsrat das Mißtrauen aussprach, Signalwirkung für die ganze Werft hatte.

Die Ereignisse auf der AG Weser stehen nicht allein. Auf der anderen großen Werft, dem Bremer Vulkan, wo im Juni eine Woche lang gestreikt wurde, ist der Betriebsratsvorsitzende Kirchhoff zurückgetreten, weil die Erbitterung der Belegschaft gegen ihn zu groß wurde. Eine Minderheit im Betriebsrat fordert Rücktritt und Neuwahl des ganzen Betriebsrats.

In einem kleineren Bremer Betrieb wurden drei Kollegen entlassen und die Polizei durchsuchte die Wohnung eines Kollegen.
Grund: In dem Betrieb war gestreikt worden, 'Rädelsführer' wurden gefeuert. **Sie gingen zum Betriebsrat, hielten ihm den Roten Morgen vor und erklärten: Was da drin steht ,ist richtig – euch werden wir's noch zeigen.**
Der Kollege, bei dem die Hausdurchsuchung stattfand, soll die Roten Morgen in den Betrieb gebracht haben.

Aus Solidarität mit den Entlassenen trat die Belegschaft wieder in den Streik.

Jeder kann sehen, daß die Bonzen mit dem Rücken zur Wand kämpfen. Die Erfahrungen des Klassenkampfes bringen die Arbeiterklasse immer näher an revolutionäre Positionen und der Einfluß der Partei wächst.

* Dieser Mißtrauensantrag gegen den Betriebsrat war ein heftiger Schlag gegen das Kapital und seine Handlanger. Die Betriebszelle der KPD/ML hat die Bedeutung dieses Kampfschrittes nicht richtig erkannt. Deshalb hat sie auch nicht sofort in einem Flugblatt alle anderen Kollegen der Werft davon informiert. So ist die Chance verpaßt worden, die Front zu verbreitern und Solidarität zu organisieren. Dadurch hatten es die Kapitalisten leichter mit ihrem Angriff auf die Werkzeugmacher. Allen, die jetzt Resignation verbreiten wollen, ist zu sagen: der Kampf der Werkzeugmacher ist vollkommen berechtigt. Partei und Kollegen hätten noch entschlossener und offensiver vorgehen müssen.

Arbeiterkorrespondenz

Politische Entlassung bei Anker

Zwei Monate nach der Entlassung der Kollegin Thea haben die Anker-Kapitalisten den Kollegen Jürgen T., Lagerarbeiter, Kommunist und aktives Mitglied der Jugendgruppe Anker entlassen.

Einen Kündigungsgrund geben die Kapitalisten nicht an. Dafür plaudert ein Betriebsrat aus, was dahintersteckt: **Anker sei ein Krisenbetrieb. In einem solchen Betrieb seien die Kollegen besonders anfällig für die kommunistische Propaganda** (bei Anker sind im letzten Jahr 800 Kollegen entlassen worden, demnächst sollen weitere 1.000 gefeuert oder rausgeekelt werden.).

Jürgen ist entlassen worden, weil er Kommunist ist.
Die Kapitalisten wollten sich sogar um die Kündigungsfrist drücken und Jürgen zwingen, seinen Resturlaub vor Ablauf der Kündigungsfrist zu nehmen. Als Jürgen trotzdem in den Betrieb kam, wurde er daran gehindert, seine Arbeit aufzunehmen. Schließlich erteilten die Kapitalisten ihm Hausverbot.

Das hat seinen Grund: die Kündigung war so geplant, daß Jürgen einen Tag vor der Betriebsversammlung nicht mehr im Betrieb erscheinen sollte.

Angst vor dem Kommunisten haben nicht nur die Anker-Kapitalisten. Auch die Gewerkschaftsbonzen wollen Jürgen loswerden. Ein Ausschlußverfahren gegen ihn läuft bereits im Zusammenhang mit dem Leserbrief, den die Jugendgruppe Anker zur Grabschändung der D'K'P in Stuckenbrock geschrieben hatte. **Unverfroren meinte vor kurzer Zeit der Jugendsekretär der IGM, Guntram Schneider: "Ich werde dir noch einmal nachweisen, daß du Mitglied der KPD/ML bist. Und wenn auch mit unsauberen Mitteln." Das spricht für sich!**

Aktienbetrug

"Teuerungszulage" war die Forderung der Kollegen. Nach "langen und harten" Verhandlungen während der ersten Sommermonate, verkündete Betriebsratsvorsitzender Scherer plötzlich, die Forderung nach 500,– DM würde für alle Siemensbetriebe in Westdeutschland und Westberlin erhoben. Aber schon am 1.10. stellte sich heraus, was die Kollegen ohnehin geahnt hatten: die starken Worte sollten nur ein mieses Betrugsmanöver vertuschen.

Von 500,– DM war keine Rede mehr, stattdessen sollte den Kollegen die zweifelhafte Ehre zuteil werden, selbst Aktienbesitzer zu werden. Eine Aktie für jeden Kollegen mit dem Handelswert von 50,– DM. Der Verkaufswert pro Aktie beträgt ca. 233,– DM, sie darf aber vor 1975 nicht verkauft werden. Dividende pro Jahr: ganze 8,– DM. Wo der Kurs 1975 steht, steht in den Sternen.

Die Kollegen brauchen das Geld aber jetzt. Darum müssen viele auf das Ersatzangebot zurückgreifen: 200,– DM brutto. Netto heißt das rund 144,– DM. Scherer hatte es natürlich auf der Betriebsversammlung nicht leicht, den Kollegen zu 'erklären', warum bei den starken Worten für die 500,– DM nur 144,– DM herausgesprungen sind: " ...auch nicht glücklich darüber ... alles getan, was wir konnten ..." usw. Den Kollegen aber war klar, was gespielt wird: **"Naja, dem Scherer gehts um seinen Posten, weiß er doch seit Jahr und Tag nicht mehr, was Arbeit ist. Schon bei Lloyd war er Betriebsrat und hält diesen Posten bei der Übernahme des Betriebes durch Siemens (1961) warm."**

Aber nicht nur der 'Aktienbetrug' kam bei der Betriebsversammlung auf den Tisch! Eine Kollegin ging nach vorn, sprach von der steigenden Akkordhetze, von den kaum verhüllten Entlassungsdrohungen gegen Kollegen, die gegen diese Akkordhetze protestieren. Die Kollegin drückte nicht nur die Empörung der Kollegen aus, sie ging noch einen Schritt weiter: sie sprach von dem Beispiel der Kollegen von Vulkan und Ford, die für mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen in den Streik getreten waren. Lauter Beifall von Kollegen, grimmige Gesichter bei den Herren von der Direktion, die am nächsten Tag eine wilde antikommunistische Hetze gegen die Kollegin starteten. Aber ihre Versuche, die Kollegin zu isolieren, mißlangen. **Die Kollegen stimmten der Kollegin im wesentlichen zu. Ihr konsequentes Auftreten brachte ihr die Sympathie der Kollegen ein und stellte insgesamt einen großen Schritt vorwärts dar.**

Und was machte der 'K'BW? In seiner Zeitung Enthüllungsartikel, die ganz gut bei den Kollegen ankamen. Doch was fehlte? Die Kollegen merkten es selber: Was sollten sie jetzt unternehmen? Wo sollte das hinführen? Doch nicht nur da zeigte sich das Nachtrabverhalten des 'K'BW. Eine 'K'BW-Genossin sagte: "Die Rede war ja ganz gut, aber nun wird sie bestimmt bald entlassen."
Nichts als Resignation predigen. Das ist Zurückzerren der Massen. Das bedeutet – besonders bei Siemens – den Kampfeswillen der Kollegen zu brechen, die Resignation zu verstärken, die ohnehin noch sehr groß ist.

Kampf dem Ausweisungsterror!

Deutsche und ausländische Arbeiter - Eine Arbeiterklasse!

Am 23. November hat die Bundesregierung die Anwerbung ausländischer Arbeiter verboten. Um „die Arbeitsplätze zu sichern", hat der DGB zugestimmt. „Wenn schon keine Gastarbeiter mehr ins Land dürfen, dann ist möglicherweise der eigene Arbeitsplatz in Gefahr, so mag heute mancher Arbeitnehmer denken", heißt es dazu in einem Kommentar der WAZ. „Eine Zurückhaltung bei den kommenden Tarifabschlüssen ist also nicht auszuschließen". Das also ist des Pudels Kern! Natürlich wird die Schuld für diesen Regierungserlaß der „Energiekrise" und den „Ölscheichs" zugeschoben. Die Wahrheit sieht anders aus: Die ausländischen Kollegen haben ihre Schuldigkeit getan und den Kapitalisten hohe Profite gebracht. Jetzt, wo sich mit Kurzarbeit und Massenentlassungen eine neue Krise ankündigt, sollen sie gehen. Und sie werden für die kapitalistische Krisenwirtschaft gleich doppelt gestraft: Ohne Arbeit erhalten sie keine Aufenthaltserlaubnis. Die Ausweisungen werden sich noch mehr häufen.

Bei der Verfolgung ausländischer Kollegen und Studenten schrecken sie nicht vor Folter und Mord zurück. Oder war es vielleicht nicht Folter, wenn der eritreanische Student Beiene mehr als ein Jahr obwohl vollkommen gesund, in einer Heilanstalt als "Nervenkranker" festgehalten und mit Drogen gezwungen werden sollte, seinen Antrag auf politisches Asyl zurückzunehmen? War es nicht Mord, als die palästinensische Studentin Helen Abu Hadid vor einem Jahr schwerkrank in Schubhaft kam und während der Abschiebung starb?

Das rechneten sich die Kapitalisten aus, als sie vor rund acht Jahren damit begannen, im großen Ausmaß ausländische Arbeiter anzuwerben. Drei Millionen ausländische Kollegen mußten die schmutzigsten und schlechtbezahltesten Arbeiten tun. Auch in ihrer Freizeit waren sie den Kapitalisten hilflos ausgeliefert. Wer kennt nicht die abbruchreifen Häuser ohne sanitäre Anlagen, in denen ausländische Kollegen zusammengepfercht wurden, für 2oo Mark Miete pro Bett und mehr? Manche Betriebe, wie die Südbremse in München, setzten sogar ihre alten, werkseigenen KZs wieder instand, wo nun die ausländischen 'Gäste' hausen müssen — ständig vom Werkschutz überwacht.

Jetzt sollen sie die Suppe auslöffeln — genau wie die deutschen Kollegen, die kurzarbeiten oder entlassen wurden.

Die ausländischen Arbeiter sollten nicht nur niedriegere Löhne bekommen, sondern gleichzeitig als Lohndrücker gegen die deutschen Arbeiter ausgespielt werden. Sie mußten auch als Grund herhalten für die Steigerung der Arbeitshetze. Wo Ausländer arbeiteten, da lief das Band schneller, da stieg der Akkord. Deutsche und ausländische Arbeiter sollten gegeneinander aufgehetzt werden. Natürlich konnte diese Hoffnung der Kapitalisten nicht in Erfüllung gehen, denn deutsche und ausländische Arbeiter — das ist eine Kampffront. Auch wenn noch immer eine gewisse Spaltung zwischen ihnen besteht — die Streiks der letzten Monate haben gezeigt, daß diese Spaltung immer mehr überwunden wird. Bei Opel, Ford, Hella — überall standen die ausländischen Kollegen an vorderster Front im Kampf um mehr Lohn, um besserer Arbeitsbedingungen und gegen Entlassungen. Ausländische Kollegen saßen in Streikleitungen, standen Streikposten, nicht anders als deutsche Arbeiter. Der Traum der Kapitalisten von 3 Millionen Streikbrechern ist endgültig ausgeträumt.

Auch die ausländischen Studenten ließen sich nicht unterjochen. Im antiimperialistischen Kampf spielten sie eine wichtige Rolle. Sie entlarvten die faschistischen Regimes in Spanien, Portugal, Persien, der Türkei, in Lateinamerika und in der ganzen Welt.

Und das war der dritte Wunschtraum der Kapitalisten: Sie wollten durch die ausländischen Kollegen eine politisch entrechtete Minderheit schaffen, die deutschen Arbeiter an Faschisierung und politische Unterdrückung gewöhnen. So heißt es in einer Verwaltungsvorschrift: „**Ausländer genießen alle Grundrechte mit Ausnahme des Grundrechtes der Versammlungsfreiheit, der Vereinsfreiheit, der Freizügigkeit, der freien Wahl von Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte, sowie des Schutzes vor Auslieferung ans Ausland.**" Welche Grundrechte bleiben dann eigentlich noch übrig? Das ist der Wunschtraum der Kapitalisten von der Arbeiterklasse: Arbeitstiere, die beim geringsten Aufmucken ins Gefängnis wandern oder abgeschoben werden.

Aber auch hier haben sich die Kapitalisten getäuscht! So, wie die Spaltung zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern immer mehr überwunden wird, so schlossen sich deutsche und ausländische Arbeiter zusammen im Kampf gegen politische Unterdrückung. **15 000 Menschen folgten im letzten Jahr dem Aufruf der Partei und anderer Organisationen zur Demonstration gegen das reaktionäre Ausländergesetz. Gegen die Abschiebung palästinensischer Arbeiter und Studenten, gegen das Verbot von GUPA und GUPS vor einem Jahr erhob sich in ganz Deutschland ein Sturm der Entrüstung. Hunderte arbeiten in Komitees gegen die Verfolgung ausländischer Kollegen. Tausende unterschrieben Protesterklärungen gegen die geplante Abschiebung der Türken Targün und Tarhan, der Perser Hamedi und Adrom.**

Vor allem gegen die fortschrittlichsten ausländischen Kollegen richtet sich diese politische Verfolgung. Baha Targün saß in der Streikleitung bei Ford. Spanische Arbeiter, die aktiv im Streik gearbeitet hatten, wurden abgeschoben. Tarhan ist Vorsitzender der türkischen Studentenorganisation Atöf. Ausländische Geheimdienste und der deutsche Verfassungsschutz arbeiten bei ihrer Verfolgung eng zusammen. Unangefochten hört der CIA Telefone in der Bundesrepublik ab. Beim Einbruch eines SAVAK-Agenten in die Wohnung eines Cisnu-Mitgliedes nahm die Polizei nicht einmal Spurensicherung vor.

Unsere Partei hat im Kampf gegen diese politische Unterdrückung immer an vorderster Front gestanden. Sie hat die Lügen der D„K"P-Revisionisten entlarvt, die zum Beispiel im letzten Jahr bei der Abschiebung palästinensischer Arbeiter nicht gegen diese Auslieferungen an faschistische Regime kämpfte, sondern darüber jammerte, daß die Abschiebungen nicht ordentlich von einem bürgerlichen Gericht beschlossen waren. Der Kampf muß weitergehen, denn täglich verschärft die Bourgeoisie die Verfolgung ausländischer Kollegen. Viele, die von Ausweisung oder Abschiebung bedroht sind, müssen freigekämpft werden. Unsere Losung heißt:

KAMPF DEM AUSWEISUNGSTERROR!
AUFENTHALTS- UND ARBEITSERLAUBNIS FÜR ALLE FORTSCHRITTLICHEN AUSLÄNDER!
WEG MIT DEM REAKTIONÄREN AUSLÄNDERGESETZ!

Berichtet dem ROTEN MORGEN über alle Fälle von Verfolgung ausländischer Arbeiter und Studenten, die Ihr erfahren könnt!

Halt stand rotes Madrid...

Am 1o. November 1973 jährte sich zum 37. Mal der Tag, an dem die internationalen Brigaden Seite an Seite mit ihren spanischen Klassenbrüdern das rote Madrid gegen die spanischen Faschisten und ihre imperialistischen Kumpane verteidigten. Hier kämpfte auch die 11. Brigade für das Recht des spanischen Volkes.

Diese Tage des brüderlichen Kampfes sind nicht vergessen. Heute erlebt der heldenhafte Kampf des spanischen Volkes für eine Republik des Volkes einen neuen Aufschwung. Es kann dabei auf die Solidarität der deutschen Kommunisten, des deutschen Volkes vertrauen. Brausender Beifall der Versammelten war die Antwort, als Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML, auf der Kundgebung im Anschluß an die Demonstration gegen das Ausländergesetz im Oktober 1972 in Dortmund sagte: **„Und sollte es notwendig werden — dann werden wir wie damals mit der Waffe in der Hand dem spanischen Volk zu Hilfe eilen."**

Zum Anlaß dieses Jahrestages wurde in Paris am 1o. November eine Großveranstaltung von dem Pariser Komitee pro-FRAP und anderen patriotischen und antifaschistischen Organisationen abgehalten. Mehr als tausend Personen nahmen teil. Alte Kämpfer berichteten über die großen Tage des Sturzes der spanischen Monarchie und des Kampfes um die Republik.

Heute, erklärte ein Vertreter der pro-FRAP, gilt es den Kampf zu führen für die Errichtung der föderativen Volksrepublik gegen Yankee-Frankismus und Monarchie. Ein Bauarbeiter aus Madrid, Mitglied der OSO, berichtete über den Bauarbeiterstreik im Oktober, an dem auf einen Aufruf der OSO hin an die 100 000 Bauarbeiter teilnahmen. Er verurteilte die verräterische Rolle der Comisiones Obreras.

Es wurden Grußadressen verschiedener französischer, griechischer und portugiesischer Organisationen verlesen. Auch die deutsch-spanische Freundschaftsgesellschaft ließ die Versammelten grüßen:

Die KPD/ML ließ folgende Grußbotschaft verlesen:

„Die KPD/ML nimmt die Gelegenheit dieser Veranstaltung wahr, ihre Bruderpartei, die PCE/ML und alle anderen Organisationen, die das Koordinationskomitee pro-FRAP bilden, mit aller Herzlichkeit zu grüßen und bittet das Koordinations-Komitee pro-FRAP, diese Grüße an das spanische Volk weiterzuleiten.

Hitler und seine Bande tragen einen nicht geringen Teil der Schuld daran, daß heute noch das spanische Volk unter dem faschistischen Joch leiden muß. Aber die KPD/ML will diese Gelegenheit benutzen, festzustellen, daß Hitler und seine Kumpane niemals die Vertreter des deutschen Volkes gewesen sind. Die wirklichen Verterter des deutschen Volkes waren Ernst Thälmann und solche aufrechten Kämpfer wie die, die in den Internationalen Brigaden, der Thälmann-Kolonne z.B., gekämpft haben.

Die föderative Volksrepublik, der bewaffnete Kampf gegen den Yankee-Frankismus und gegen die Wiedererrichtung der Monarchie sind der einzige Ausweg für das spanische Volk. Aus diesem Grund unterstützt die KPD/ML im Sinne des proletarischen Internationalismus die 5 Punkte der FRAP voll und ganz. Proletarischer Internationalismus heißt: vor allen Dingen, den Klassenkampf im eigenen Land voranzutreiben..."

DEUTSCHE UND AUSLÄNDISCHE ARBEITER – EINE KAMPFFRONT!
ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS!
ES LEBE DIE FÖDERATIVE VOLKSREPUBLIK!
ES LEBE DIE F.R.A.P.! ES LEBE DIE PCE/ML!

In Spanien stand's um uns're Sache schlecht
Zurück ging's Schritt um Schritt.
Und die Faschisten brüllten schon:
Gefallen ist die Stadt Madrid!
Da kamen sie aus aller Welt
Mit einem roten Stern am Hut.
Am Manzanares kühlten sie
dem Franco das zu heiße Blut.

Das waren Tage der Brigade 11
und ihrer Freiheitsfahne
"Brigada Internacional"
ist unser Ehrenname.

In Guadalajara im Monat März
Bei Kält' und Regensturm,
Da bebte manches tapfre Herz,
und in Torija selbst der Turm.
Da stand der 'Garibaldi' auf,
'Andre', 'Dombrowski' ihm zur Seit',
Sie brachten bald zum Dauerlauf
Die Mussoliniherrlichkeit.

Das waren ...

In Quinto gab es nichts als Staub,
Vom Himmel fiel nur Schmutz,
Und Quinto selbst war ausgebaut,
Nach deutschem Plan und Musterschutz.
Der Ton, der da vom Kirchturm pfiff,
Kam nicht vom Heiligen Gral –
Wir fanden in dem Kirchenschiff
Von Krupp ein ganzes Arsenal.

Das waren...

Und dauert's auch noch sieben Jahr,
Daß wir im Kampfe stehn,
Ein jeder Krieg wird einmal gar,
Wir werden Deutschland wiedersehn.
Dann ziehen wir zum deutschen Tor
Mit "Pasaremos" ein.
Was übrigbleibt vom Hakenkreuz,
Versenken wir im Vater Rhein.

Das werden Tage der Brigade 11
Und ihrer Freiheitsfahne,
Brigada Internacional
bleibt stets ein Ehrenname.

Chile: Der Kampf der Arbeiterklasse wächst an!

Die Macht der Militärjunta in Chile ist erschüttert. Noch kann sie es sich allerdings leisten, mit der Kennecott Copper Corporation und den anderen US-imperialistischen und sonstigen ausländischen Firmen über die Rückgabe ihrer verstaatlichten Werke zu verhandeln. Auch die Landgüter werden Schritt für Schritt an ihre alten „Eigentümer" zurückgegeben. Der Terror der Militärgerichte wütet mehr denn je, umso mehr, als daß sich der juntahörige Oberste Gerichtshof Chiles als nicht zuständig für Berufungen gegen Urteile der Militärgerichte erklärt hat. Immer noch werden bei Tag und Nacht Menschen auch ohne die Scheinurteile der Militärgerichte erschossen. Aber all diese Maßnahmen sind Zeichen der Schwäche, nicht der Stärke der Junta.

Wie schwach die Herrschaft der Junta geworden ist, erkennt man an dem Streik der U-Bahn-Bauarbeiter in Santiago Mitte November. Trotz strikten Streikverbots und Aufmarsch bis an die Zähne bewaffneter Truppen an der bestreikten Baustelle legten die Arbeiter die Arbeit nieder und forderten mehr Lohn und den Abbau der vier unbezahlten Arbeitsstunden, die alle Arbeiter Chiles wöchentlich auf Anordnung der Junta „für den Wiederaufbau des Vaterlands" leisten müssen.

Daß diese Arbeiter streiken konnten, beruht aber nicht darauf, daß die Junta plötzlich „menschlich" und „demokratisch" geworden wäre. Sie verfolgt nach wie vor mit aller Grausamkeit ihr Ziel eines dem US-Imperialismus hörigen faschistischen Ständestaats in Chile. **Den Streik der U-Bahn-Arbeiter muß man im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Junta im ganzen Land sehen. So „durchkämmen" Truppen der Junta im Kampf gegen Partisaneneinheiten noch immer das Gebiet zwischen Concepcion und Osorno in Südchile (450 km Länge). Befreiungskämpfer griffen, nach den spärlichen Meldungen der bürgerlichen Presse, die Rundfunkstation des Marinestützpunktes in Quinta Normal und eine Militärkaserne 800 km nordöstlich von Santiago an. Dieser bewaffnete Kampf wird die Macht der Junta weiter erschüttern.**

Revisionistisches

Die Polizei weiß Rat

In der UZ vom 23.11.73 wird festgestellt, daß die Jugendkriminalität weiter ansteigt. „Erschreckende Kriminalität" – heißt es in der Überschrift. Und woher kommt sie?

Die D„K"P hat ihre ganz besonderen Experten zur Beantwortung dieser Frage: die Polizei. So heißt es in dem Artikel: „Der Münchner Polizeipsychologe nennt eine der Ursachen: "Ein Staat, der es duldet, daß ständig im Fernsehen gezeigt wird, wie der Brutalste siegt, macht sich schuldig."' Die Verbrecher sitzen also im Volk! Das einzige Verbrechen des Kapitals und seines Staates, dessen Polizei mittlerweile über 100 Menschen erschossen hat, ist, nach Ansicht der D„K"P offenbar, daß er schlechte Krimis im Fernsehen zuläßt.

In einem Artikel in der gleichen UZ zur neuen „Anti-Terror-Truppe" Innenminister Weyers heißt es:

„Schon jetzt ist die Polizei für die Bekämpfung von Demonstrationen und Streiks besser ausgerüstet als für die Lösung ihrer eigentlichen Aufgabe, die Verbrechensbekämpfung und Verkehrsregelung heißt. Und nun soll auch noch Geld für Panzerwagen mit Allzweckbewaffnung lockergemacht werden, obwohl die Streifenwagen der Polizei in schlechtem Zustand und ihre Ausrüstung für die erste Hilfe mangelhaft ist. Das riecht nach Vorbereitung der Polizei auf künftige soziale Auseinandersetzungen. Vorsicht! Aus einer „Anti-Terror-Truppe' wird leicht eine „Anti-Streik-Truppe"."

Vorbereitung auf künftige soziale Auseinandersetzungen! Was war denn bei Pierburg, bei Ford usw. — nach Ansicht der D„K"P offenbar kein Einsatz von Polizeitrupps bei sozialen Auseinandersetzungen. Und was bei der Demonstration gegen den Besuch Breschnews in Dortmund, was bei anderen Knüppeleinsätzen gegen Demonstranten? Offenbar keine „sozialen Auseinandersetzungen". Das Gerede von den „eigentlichen Aufgaben der Polizei" soll nichts anderes als die wirkliche Aufgabe der Polizei, des kapitalistischen Staates vertuschen. Die Polizei ist nicht da, irgendeine Ordnung aufrechtzuerhalten,
ten und zu schützen, sondern die Ordnung der Ausbeuterklasse gegen das werktätige Volk.

Und die D„K"P hat ja auch gar nichts dagegen. Ihr Appell an Minister Weyer läuft nur auf eins hinaus: über den Panzern die Streifenwagen nicht vergessen!

Anschläge auf die ITT

Am 16. und 17. November wurden Sprengstoffanschläge auf die Niederlassungen der ITT (International Telephone&Telegraph Corp.) in Nürnberg und Westberlin durchgeführt, die einigen Sachschaden an den Gebäuden verursachten.

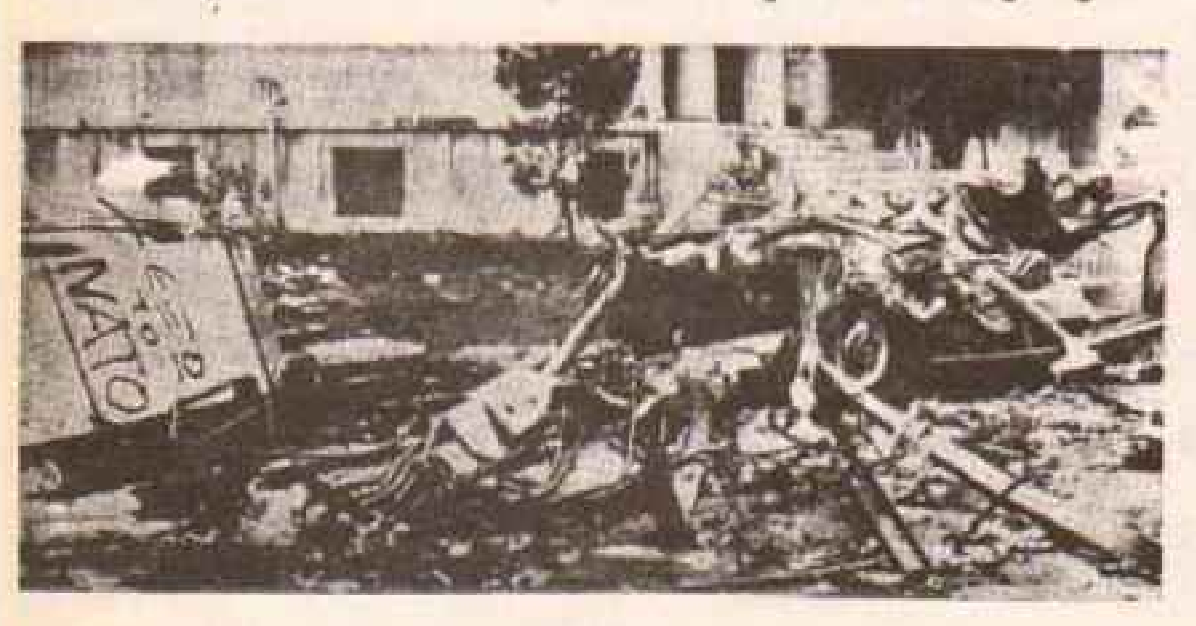
Die Konzernherren dieser internationalen US-imperialistischen Mammutfirma waren direkt an Morden in Chile beteiligt. Sie finanzierten die reaktionären Stoßtrupps von 'Vaterland und Freiheit' und versorgten sie mit Waffen, sie stehen hinter dem Putsch der blutrünstigen Militärjunta. An ihren Händen klebt das Blut hunderttausender chilenischer Proletarier – Männer, Frauen und Kinder. Es ist gut und nicht schlecht, wenn diese Verbrecher auf die eine oder andere Weise einen Denkzettel erhalten.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Fortsetzung von Seite 1

Freiheit für Griechenland!

Als die Junta angesichts dieser Lage Militär und Panzer gegen die TH einsetzte, walzten diese nicht nur die Mauer nieder, sondern töteten mit ihren Ketten auf dem von vielen tausend Menschen besetzten Vorhof über 300 Studenten und Arbeiter. **Angesichts dieser Bestialität weigerte sich ein Teil der Panzerbesatzungen und Infanterieeinheiten, das Feuer zu eröffnen. Es kam zu Feuergefechten zwischen einzelnen Panzern und zu Erschießungen wegen Befehlsverweigerung.** Nach der Vertreibung aus der TH setzten Studenten und Arbeiter die Demonstration in der Stadt fort.



Die Faschisten-Panzer walzten alles nieder

Viele Stunden lang waren einige Rathäuser in Athen, darunter das Zentral-Rathaus, von den Demonstranten besetzt. Besonders eingerichtete Verbandsplätze versorgten die verwundeten Demonstranten, damit sie in den öffentlichen Krankenhäusern nicht der Junta in die Hände fielen.

Bei der politischen Einschätzung des Kampfes betonten die Redner, daß **Griechenland** heute unter der Fremdherrschaft des US-Imperialismus steht, **und daß die Befreiung Griechenlands nur möglich ist, wenn die US-Imperialisten und alle ihre Spießgesellen, darunter die westdeutschen Imperialisten, vertrieben werden.**

Besondere Beachtung schenkten die Redner der Rolle der Revisionisten und der sowjetischen Sozialimperialisten. Vor dem Putsch von 1967 sagten die Revisionisten, daß es die Reaktion nicht wagen werde, gewaltsam die Macht zu ergreifen, und daß die Lage für die Entwicklung der Demokratie günstig sei.

Damit schläferten sie die Wachsamkeit des Volkes ein, sodaß es vom Putsch der Generale und Obersten "im Pyjama" überrascht wurde. Nach dem Putsch sagten sie, man könne jetzt nichts machen, sondern müsse eine günstige Entwicklung abwarten. **Die Kämpfe der letzten Wochen verurteilten sie sogar, weil sie angeblich die 'Demokratisierung', wie sie die unverschämte Einsetzung des 'zivilen' Markezinis-Kabinetts nennen, stoppen. Ihre Politik ist objektiv und subjektiv eine Unterstützung des US-Imperialismus und der blutrünstigen Junta.**

Die sowjetischen Sozialimperialisten pflegen nicht nur enge freundschaftliche Beziehungen zur Junta, sie sind durch ihre Betriebe in Nordgriechenland auch direkt an der wirtschaftlichen Ausbeutung des griechischen Volkes beteiligt. **Sie sind eine imperialistische Stütze der Junta und ein Komplize des US-Imperialismus.**

Die Redner der OGML dankten unserer Partei für ihre Solidarität mit dem kämpfenden griechischen Volk, die sich in der Entfaltung des Klassenkampfes im eigenen Land ausdrückt, und für den Kampf, den sie gegen die imperialistische Spaltung der Arbeiterklasse in Westdeutschland in deutsche und ausländische Arbeiter führt.

Das griechische Volk hat eine lange Tradition des antifaschistischen Kampfes schon aus der Zeit der Regierung Metaxas vor dem Krieg, sagten die Redner, es wird auch die gegenwärtige faschistische Junta besiegen. **Die 'Ruhe' nach dem Sturm ist nur eine Atempause im antiimperialistischen Kampf breitester Volksschichten Griechenlands. Dieser Kampf ist ein Kettenglied im antiimperialistischen Kampf in der ganzen Welt. Die Haupttendenz ist überall in der Welt Revolution.**

Die Veranstaltung, bei der 263,– DM für das kämpfende griechische Volk gesammelt wurden, endete mit dem Singen der Internationale auf griechisch und deutsch.

SOLIDARITÄTSADRESSE

Wir, griechische Arbeiter aus Schweinfurt, und die KPD/ML Schweinfurt, fordern gemeinsam alle Kommunisten und demokratisch gesinnten Menschen auf, den heldenhaften Kampf des griechischen Volkes gegen seine faschistischen Unterdrücker zu unterstützen. Gerade das deutsche Volk hat in der jüngsten Vergangenheit die furchtbaren Schrecken des Faschismus erleiden müssen und kämpft noch heute um seine Wiedervereinigung und Befreiung vom imperialistischen Joch. Ebenso wird das griechische Volk seit Jahren vom Imperialismus, hauptsächlich vom US-Imperialismus, blutig unterdrückt. **Die US-Völkermörder und ihr Verbrechersyndikat CIA bedienen sich in Griechenland faschistischer Henkersknechte und Mörder um Papadopoulos, seit die Monarchie dem wachsenden Kampfgeist des griechischen Volkes nicht mehr gewachsen war. Wie überall in der Welt, wo die Völker um ihre Befreiung kämpfen, dulden die sowjetischen Sozialimperialisten stillschweigend die Verbrechen ihrer US-Komplizen und sabotieren den Freiheitskampf des griechischen Volkes.** Doch mit der solidarischen Hilfe der Völker der Welt wird es dem griechischen Volk gelingen, das Regime Papadopoulos abzuschütteln, wie schon das faschistische Joch des Diktators Metaxas.

Nieder mit dem Komplott der Supermächte!
Nieder mit Papadopoulos!
Die Völker der Welt werden siegen!
Der Imperialismus wird unterliegen!

Aus aller Welt

SPANIEN: Trotz Streikverbot und brutaler Unterdrückung durch die Guardia Civil, die Henkersknechte des Franco-Regimes, streikten über 2 400 Bergleute der halbstaatlichen Grubengesellschaft "Hunosa" in Oviedo seit über vier Wochen für die Durchsetzung ihrer Forderungen bei der bevorstehenden Neufassung der Tarifverträge für Bergleute.

MEXIKO: Die Befreiungsbewegung von Mexiko tötete bei einem bewaffneten Zusammenstoß mit dem Militär in der Nähe von Accapulco, dem Urlaubsghetto der US-imperialistischen Millionäre und anderer Schmarotzer, sieben Soldaten. Das mexikanische Volk ist nicht mehr gewillt, die Unterdrückung durch den US-Imperialismus und seine mexikanischen Speichellecker länger zu ertragen.

DJIBOUTI, OSTAFRIKA: Die Bewegung für die Befreiung Djiboutis hat der französischen Kolonialregierung angedroht, sie werde den bewaffneten Kampf gegen Frankreich aufnehmen, wenn die Regierung in Paris sich weigert, diesem Gebiet die Unabhängigkeit zu geben. Die militärische Ausbildung der Freiheitskämpfer der Bewegung ist seit längerer Zeit angelaufen.

Streiks in England weiten sich aus

Dem Streik der Bergarbeiter und Ingenieure in den Elektrizitätswerken, die im Kampf gegen die Lohnstopp-Politik der Regierung Lohnerhöhungen fordern haben sich die Hafenarbeiter in Liverpool angeschlossen. Sie fordern 20% Lohnerhöhung. Ebenfalls dem Streik angeschlossen haben sich die Zugführer des Eisenbahnverkehrs zwischen London und östlich der Hauptstadt. Im Streik stehen auch die Besatzungen von Ambulanzwagen, sie verrichten nur noch einen Notdienst.

Schluss mit dem Komplott der Supermächte in Indochina!

Trotz aller Friedensbeteuerungen der US-Imperialisten und ihrer Marionetten greifen die Kämpfe in Indochina immer mehr um sich. In Kambodscha versucht die Lon–Nol-Clique, ihr ständig schrumpfendes Gebiet zu halten. Zehntausende von Einwohnern verlassen dieses Gebiet und gehen in die befreiten Zonen der Nationalen Befreiungskräfte. Zweimal in kurzer Zeit bombardierten eigene Piloten den Palast Lon Nols und stellten sich danach mit ihren Flugzeugen unter das Kommando der Nationalen Befreiungskräfte. In Thailand flackern immer wieder Revolten gegen das reaktionäre Regime des Königs Bhumiphol auf und die Befreiungskräfte im Norden weiten ständig ihren Herrschaftsbereich aus. Besonders harte Kämpfe, die sich zu regelrechten Schlachten entwickeln, finden in Südvietnam statt. Die verbrecherische Thieu-Clique in Saigon setzt Flugzeuge, Hubschrauber und Panzer ein. Sie bricht den Waffenstillstand, um Gebiete zu erobern, um so eine bessere Position bei den Pariser Verhandlungen zu erlangen. Doch dabei erleidet sie Niederlage um Niederlage.

Besonders die Verletzungen des Waffenstillstands durch die Thieu-Clique lassen klar erkennen, daß es den US-Imperialisten bei ihren „Friedensinitiativen" nicht um den Völkerfrieden geht. Besiegt durch den bewaffneten Kampf der Völker, denken sie doch nicht im Entferntesten daran, sich mit ihrer Niederlage abzufinden, sondern schüren mit Hilfe volksfeindlicher, korrupter Subjekte wie Thieu, Lon Nol und Konsorten den Krieg und hoffen, daß sich das Blatt noch wenden könnte. Verträge mit den US-Imperialisten sind nicht das Papier wert, auf dem sie stehen. Das einzige, was sie zur Einhaltung von Verträgen zwingt, ist der entschlossene, bewaffnete Kampf der Völker.

In ihrem Bestreben, Indochina doch noch zu ihrer Kolonie zu machen, finden die US-Imperialisten den Beistand der anderen Supermacht. Die sowjetischen Sozialimperialisten versuchen mit allen Mitteln, die Befreiungskräfte Indochinas zu Verhandlungen mit den US-Imperialisten und ihren Marionetten und zu „friedlichen, politischen Lösungen" zu überreden. **So haben sie den Nationalen Befreiungskräften Kambodschas vorgeschlagen, zusammen mit den reaktionären Parteien des Landes eine Koalitionsregierung zu bilden. Was solche Ratschläge wert sind und wem sie nützen, erkennt man am besten am Beispiel Südvietnams. Ähnlich wie im Nahen Osten versuchen die Supermächte, auch in Indochina einen Zustand von „weder Krieg noch Frieden" und andauernder Spannung herzustellen, um die Völker doch noch unter ihre Fuchtel zu bekommen. Doch der siegreiche Befreiungskampf der Völker wird ihnen einen Strich durch die Rechnung machen.**

Hört die revolutionären Sender!

ACHTUNG: Auf vielfachen Hörerwunsch hat Radio Tirana für die deutschen Hörer zusätzlich die Sendezeit von 21.30 bis 22 Uhr eingerichtet. Diese Sendung kann auch auf Mittelwelle empfangen werden.



RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
6.00 – 6.30	41 und 50 Meter 215 Meter
13.00 – 13.30	32 und 41 Meter
14.30 – 15.00	32 und 41 Meter
16.00 – 16.30	32 und 41 Meter
18.00 – 18.30	32 und 41 Meter
19.00 – 19.30	41 und 50 Meter 215 Meter
21.30 – 22.00	41 und 50 Meter 206 Meter
23.00 – 23.30	41 und 50 Meter 206 Meter

32 Meterband entspricht 9,26 MHz
41 Meterband entspricht 7,23 MHz
50 Meterband entspricht 5,95 MHz
206 Meter entsprechen 1456 KHz (Mittelwelle)
215 Meter entsprechen 1395 KHz (Mittelwelle)

RADIO PEKING

19.00 – 19.30 21.00 – 22.00	Immer 43,7; 42,8 und 26,2 Meter.

'Rettet die (bürgerliche) Demokratie"

D'K'P zum Kampf gegen die politische Unterdrückung

Hunderttausende haben in diesem Jahr gegen Lohnraub und Teuerung gekämpft. Sogenannte "wilde" Streiks in den Betrieben, Demonstrationen und Hausbesetzungen in den Wohnvierteln – sie bilden die Hauptkampffront in diesem Jahr.

Polizeieinsätze bei den Streiks, Entlassungen mit der Berufung auf das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz, nachfolgende Arbeitsgerichtsprozesse, Abschiebungen von ausländischen Streikenden, Prozesse und hohe Haftstrafen gegen Hausbesetzer – sie ließen viele Arbeiter und andere Werktätige spüren: Der Klassenfeind sitzt nicht nur in der Direktion von Opel, Ford oder Mannesmann. Der Klassenfeind sitzt genauso in den Einsatzzentralen der Polizei, in den Kanzleien der Gerichte.

Der Glaube an den vielbeschworenen "Rechtsstaat" ist gehörig ins Wanken geraten. Der Kampf gegen die politische Unterdrückung ist zu einer zweiten wichtigen Kampffront in unserem Land geworden.

Der Kampf gegen die politische Unterdrückung ist für die Bourgeoisie besonders gefährlich. Darum geht sie mit besonderer Brutalität gegen alle vor, die gegen Polizei- und Justizterror oder gar gegen die Armee kämpfen. Denn wenn auch der Kampf gegen die Polizei oder die Justiz heute in den Kämpfen der Massen noch quasi "nebenbei" geführt wird, die Ziele des Kampfes meist noch höherer Lohn, billige Wohnungen oder Lärmbeseitigung usw. sind, wird sich mit der weiteren Verschärfung der Klassenkämpfe der Kampf immer direkter gegen den staatlichen Unterdrückungsapparat selbst richten. Bis schließlich die Frage des Sturzes dieses kapitalistischen Staates, die sozialistische Revolution, auf der Tagesordnung steht.

Zu verhindern, daß der Kampf gegen politische Entlassungen, gegen die Aufrüstung von Polizei und Armee diese Richtung nimmt, ist die Aufgabe der D'K'P.

Faschismus- letzter Ausweg der Bourgeoisie

Überall, wo heute Worte fallen wie: "Das ist ja wie im dritten Reich!" oder "Gestapo-Methoden" ist die D'K'P schnell zur Stelle mit ihrem Schlachtruf: "Der Feind steht rechts." – Rechts ist Strauß und Barzel, die NPD und die "Aktion Widerstand" – rechts sind die Richter, die schon unter Hitler gerichtet haben, die Offiziere, die im Hitlerfaschismus die Söhne des deutschen Volkes in den Tod schickten. – Hinter ihnen, sagt die D'K'P, stehen die "Rüstungshaie", die Monopole, die immer noch nicht begriffen haben, daß heute bald 30 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges, ein anderer, ein demokratischer Wind weht.

Sicher, die alten Nazis sind Todfeinde des Volkes. Ihnen gegenüber gibt es kein Pardon, und es hätte es auch keins gegeben, wenn in Nürnberg wirklich das Volk Gericht gesessen hätte und nicht die ausländischen Imperialisten,

Die KPD/ML führt entgegen allen Lügen der D'K'P einen entschlossenen Kampf gegen diese braune Pest.

Aber nicht von einzelnen Leuten, nicht von einzelnen Kapitalisten geht die Gefahr für einen neuen Faschismus in Westdeutschland und in Westberlin aus.

Oder will uns die D'K'P im Ernst weis machen, daß die Frage, ob in 10 oder 20 Jahren noch Polizisten auf Arbeiter einschlagen oder Gerichte im Namen des Kapitals Recht sprechen, davon abhängt, wie alt die "Ewig-Gestrigen" werden?

Nein, genausowenig wie der Terror im "dritten Reich" das Werk des wahnsinnigen Hitler war, genauswenig ist die heutige Faschisierung das Werk einzelner.

Der Hitlerfaschismus war die Antwort der Ausbeuterklasse auf die revolutionären Kämpfe der Massen, der letzte Ausweg zur Rettung ihrer Herrschaft. Genauso ist die zunehmende Faschisierung heute die Antwort der Ausbeuterklasse auf die wachsenden Kämpfe der Massen. Der Gegner ist nicht das "Rechtskartell", sondern der Klassenfeind, das Kapital und sein Staat.

Bürgerliche Demokratie - Diktatur der Bourgeoisie

Dem Schlachtruf der D'K'P gegen das Rechtskartell folgt der Ruf nach der "Rettung der Demokratie.., nach der Verteidigung des Grundgesetzes stets auf den Fuß. In den Thesen der D'K'P heißt es:

'Die D'K'P stellt den verfassungsfeindlichen Plänen des Großkapitals und seinen politischen Vertretungen, demokratische Inhalte des Grundgesetzes weiter auszuhöhlen, umzufälschen oder außer Kraft zu setzen, den Kampf um die Rettung und Ausweitung der demokratischen Rechte und Freiheiten entgegen."

Welche Demokratie ist denn hier zu retten?

Rettet die Demokratie rettet das Grundgesetz, schreit die D'K'P z.B. jetzt bei der Einführung des Radikalenerlasses im Staatsdienst. Rettet die Demokratie, rettet das Grundgesetz, schreit sie bei den politischen Entlassungen in den Betrieben. Rettet die Demokratie schrie sie auch im April 72, als die CDU das Mißtrauensvotum gegen die Regierung Brandt stellte.

Wer aber das Grundgesetz liest, wird feststellen, daß sofort nach der angeblich garantierten freien politischen Betätigung und der freien Berufsausübung die Fußangeln kommen, z.B' das Beamtengesetz und das Betriebsverfassungsgesetz, die die Verfolgung aller Kommunisten, aller fortschrittlichen und klassenkämpferischen Arbeiter verlangen. Und – welche Demokratie ist denn "gerettet" worden, als im April 72 "Friedenswilly" an der Regierung blieb? Eine Demokratie, in der das werktätige Volk immer mehr ausgeplündert wird, in der die Polizei prügelt und Arbeiter, die sich wehren, ins Kittchen kommen. Eine Demokratie, in der heute dem werktätigen Volk verboten wird, seine Wohnung anständig warm zu heizen. In der das Autofahren am Wochenende verboten wird, weil die westdeutschen Imperialisten auf der Seite der israelischen Aggressoren stehen. Eine Demokratie, in der, wie jetzt wieder in Köln, Antifaschisten von der Polizei niedergeknüppelt werden, in der sie wie in Dortmund mit Gefängnisstrafen bedroht werden. **Eine Demokratie – die nichts ist als die Diktatur des Kapitals, garniert mit ein paar schönen Sprüchen.**

**DIESE DIKTATUR KANN NICHT REFORMIERT'
SIE KANN NUR BEWAFFNET
GESTURZT WERDEN!**



1932: KPD und Rotfrontkämpferbund schützen das Karl-Liebknecht-Haus vor den Faschisten. Nicht mit pazifistischem Gesäusel, sondern mit proletarisch-revolutionärer Gewalt.

Die D'K'P aber will uns weismachen, gerade das Instrument, mit dem das Kapital seine Diktatur ausübt, der Staat, sei eine Art Unschuld vom Lande, die zwar im Moment ziemlich den bösen Einflüsterungen von rechts erlagen ist, die aber, redet man nur geduldig auf sie ein, schon noch ihr Happy-End mit den "demokratischen Kräften" finden wird.

So wird den Arbeitern in den Thesen der D'K'P empfohlen: "Wirksame Mitbestimmung in allen Bereichen der Gesellschaft, Volksabstimmungen, Volksbegehren und Volksentscheide, die gesetzlich festzulegende Verpflichtungen, Vorschläge und Gutachten der Gewerkschaften bei wichtigen Gesetzesmaßnahmen zu berücksichtigen, das sind die notwendigen Schritte, mehr Demokratie zu verwirklichen." Die Gewerkschaften also. Über 200 DGB-Bonzen saßen im Bundestag, als die Notstandsgesetze beschlossen wurden. Haben sie etwa dagegen gestimmt? Als das arbeiterfeindliche BVG beschlossen wurde – waren da die Gewerkschaften dagegen? Zeigen sie sich bei Zechenstillegungen, in den Lohnkämpfen als Freunde der Arbeiter.? Nein.

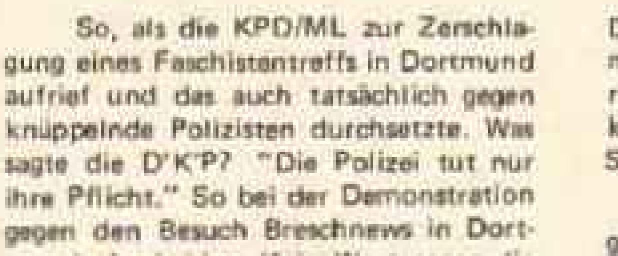
Aber selbst wenn wir annehmen würden, die DGB-Gewerkschaften wären eine Organisation im Interesse der Arbeiter – könnten sie durch Gesetzes eingaben mehr Freiheit für die Arbeiterklasse durchsetzen? Können Petitionen erreichen, daß die Polizei nicht mehr auf die Arbeiter, sondern auf die Kapitalisten einschlägt? Können Arbeitersitze im Parlament erreichen, daß Polizei, Jusitz und Armee plötzlich nicht mehr nach der Pfeife des Kapitals tanzen?

Genausogut könnte man versuchen, der Sonne zu befehlen, daß sie sich um die Erde dreht.

Es gibt nur einen Weg, um zu erreichen, daß das Volk bestimmt: Die Zerschlagung dieses kapitalistischen Unterdrückungsapparates in der bewaffneten Revolution. Erst auf seinen Trümmern kann eine Polizei, Jusitz und Armee aufgebaut werden, die dem werktätigen Volk dient und den Klassenfeind unterdrückt.

Wenn aber das Volk darangeht, sich auf revolutionärem Weg gegen die Angriffe des Staates zu wehren, oder auch militant gegen die offenen Faschisten kämpft, dann zeigt sich, für wen die D'K'P die Demokratie "retten" will. Dann nämlich rechtfertigt sie die Gewalt des Staates und hetzt gegen die Gewalt der Massen.

D'K'P-Wegbereiter des Faschismus



So, als die KPD/ML zur Zerschlagung eines Faschistentreffs in Dortmund aufrief und das auch tatsächlich gegen knüppelnde Polizisten durchsetzte. Was sagte die D'K'P? "Die Polizei tut nur ihre Pflicht." So bei der Demonstration gegen den Besuch Breschnews in Dortmund. Auch hier: Kein Wort gegen die Polizei, dafür Beschimpfungen für die Demonstranten, usw und so fort. Wer militant die Angriffe der Bourgeoisie zurückschlägt, der darf von der D'K'P kein freundliches Wort und auch keine Solidarität erwarten.

Stattdessen verbreitet die D'K'P die gleiche Lüge wie andere Parteien auch, daß es die Gewalt der Massen ist, die die Gewalt des Staates, die zunehmende Faschisierung und schließlich den Faschismus, herausfordern würde.

Gegen die KPD/ML, gegen alle, die der konterrevolutionären Gewalt der Bourgeoisie die gerechte Gewalt der Massen entgegensetzen, muß darum nach Ansicht der D'K'P die "Demokratei", das Grundgesetz genauso verteidigt werden, wie gegen das "Rechtskartell." Für sie, wie für die Bourgeoisie auch, ist der angebliche Kampf gegen rechts nichts anderes als ein Vorwand, um gegen die Kommunisten vorzugehen.

Mit solchen Theorien aber verhält sich die D'K'P nicht anders als die Kirchenfürsten, die Gewaltlosigkeit predigen und die Waffen der Ausbeuterklasse segnen. Mit mehr Demagogie vom Rechtskartell, vom "Demokratischen Rechtsstaat"' mit ihren Predigten über Gewaltlosigkeit an die Adresse der Arbeiter, verfolgt sie keinen anderen Zweck, als die Arbeiterklasse ideologisch zu entwaffnen.

Damit aber macht sie sich zum Wegbereiter des Faschismus.

Denn es gibt nur einen einzigen Weg, um eine zweite faschistische Diktatur in Deutschland zu verhindern: Die Arbeiterklasse und das werktätige Volk müssen dem Klassenfeind rechtzeitig die Waffen aus der Hand schlagen. Die Alternative heißt nicht: Bürgerliche Demokratie oder Faschismus. Die Alternative heißt: Kommunismus oder Faschismus. Die Weichen für diesen Kampf werden nicht erst in der Zukunft gestellt, jeder kleine Kampf gegen die politische Unterdrückung ist eine kleine Schlacht zur Vorbereitung der großen Offensive.

Korrespondenz

Faschisten raus aus Nippes

1932: Ein Jahr vor der Machtergreifung der Nazis erschossen SA-Banden in Köln-Nippes einen jungen Kommunisten, Fritz Wahl, aus dem Hinterhalt. Die Beerdigung wurde eine kämpferische, antifaschistische Demonstration.

1958: Die Geschäftsleitung der Gummiwerke Köln-Nippes lädt den Neofaschisten Galland ein, damit er in der Kantine den Arbeitern seine faschistischen Märchen erzählen soll. Galland kam nicht in den Betrieb! Das verhinderten die Kollegen, die streikten und das Werkstor versperrten.

1973: Wieder versuchen die Faschisten, sich in Köln-Nippes breitzumachen. Aber sie hatten sich verrechnet.

Eine Gruppe von Antifaschisten und KPD/ML-Genossen trat ihnen bei einer Kundgebung der NPD Anfang November entgegen. Wir riefen: "Tod dem Faschismus! Faschisten raus aus Nippes!" und zerschlugen den Propagandastand, rissen den Faschisten die Flugblätter aus der Hand und vernichteten sie. Die Faschisten riefen die Polizei, aber die wagte nicht, einzugreifen, denn die Bevölkerung war auf unserer Seite: "Wir wollen nicht wieder Faschismus, dagegen muß man angehen. Die Jungen haben ganz recht!" sagte eine alte Frau.

Das meinten auch einige Mitglieder der D'K'P, mit denen wir über die Aktion sprachen. Die D'K'P-Führer allerdings waren anderer Meinung. Sie, die immer groß vom "antifaschistischen Kampf" reden, sie ließen über ihren stellvertretenden Vorsitzenden der D'K'P-Ortsgruppe Köln, Fritz Roller, der Presse mitteilen: "Die Schläger sind nicht von uns. Wir prügeln nicht, wir überzeugen." Wenn es also handfest darum geht, die Faschisten zu schlagen, dann reden diese Leute genau wie die Polizei auch von "Schlägern". Waren etwa die Kommunisten unter Thälmann "Schläger und Politrokker", als sie die Faschisten aus den Arbeitervierteln vertrieben?

Zwei Wochen später: Wieder wollten die NPD-Faschisten eine Kundgebung veranstalten. Wieder sammelten sich antifaschistische Kräfte und unsere Genossen, um diese Propaganda zu verhindern. Die D'K'P aber, die 30 Meter weiter einen Propagandastand angemeldet hatte, packte zusammen. Als einige der Faschisten mit Tränengas auf die Genossen losgingen, griff die Polizei zu: Innerhalb von Minuten waren 15 Mannschaftswagen da. Die Polizisten jagten hinter den Genossen her und nahmen sieben antifaschistische Kämpfer fest. Im Gefängnis, bei der "Vernehmung" wurden sie verprügelt.

Diese Aktion hat gezeigt, wie hier Faschisten, Polizei und Revisionisten unter einer Decke stekken! Unser Klassenhaß und der vieler Bewohner des Viertels wurde vertieft. Mit diesem Haß werden wir auch die Anzeigen wegen "Landesfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt" verwandeln in Anklagen gegen den kapitalistischen Staat und seine faschistischen Handlanger.

Prozeßführung der Gruppe Rote Fahne Dortmund

Der Griff zur Waffe als Affekthandlung

Die Massen im Kampf gegen die Klassenjustiz mobilisieren – das ist eine Sache. Den Massen in diesem Kampf den revolutionären Ausweg zu verschweigen, ihnen mit Legalismus die Augen zu verkleistern, statt ihnen zu helfen, das Wesen der Klassenjustiz zu durchschauen, damit sie umso besser kämpfen können – das ist eine andere, schädliche, revisionistische Sache, die dem Klassenfeind nützt. Im Kampf um die Freiheit des Genossen Uli Kranzusch ist die Gruppe Rote Fahne Dortmund immer wieder auf diesen Weg eingeschwenkt.

Da war zum ersten die bornierte kleinbürgerliche Selbstbeweihräucherung. Diese Studentenhäuplinge schreckten nicht einmal davor zurück, in einem Münchner Flugblatt zu behaupten, dies sei der erste Prozeß gegen einen Kommunisten seit den fünfziger Jahren. **Seit dem Verbot der KPD aber wurden Tausende von Kommunisten hinter Gitter geschickt. Schon 1963 verurteilte ein bürgerliches Gericht den Kommunisten Ernst Aust in einem Schauprozeß wegen "Mitgliedschaft in der KPD". Daß heute die Klassenjustiz mit ungeheurer Brutalität gegen Kommunisten und fortschrittliche Menschen vorgeht, daß Genossen der KPD/ML und der Roten Hilfen verurteilt werden, daß die Justiz in den Prozessen gegen RAF-Genossen ihre brutale, volksfeindliche Fratze zeigt – davon liest man in der 'Roten Fahne' wenig!**

Da war zum zweiten die Tatsache, daß in der Agitation und Propaganda der Gruppe Rote Fahne mehr die Rede war von den politischen Gefangenen in Vietnam als von der Klassenjustiz im eigenen Land. Natürlich ist es richtig, in einem solchen Prozeß anzuknüpfen an die konkreten Ereignissen, die zur Anklage geführt haben. Daß die bürgerliche Klassenjustiz die Kommunisten verfolgt, liegt ja gerade daran, daß Kommunisten an vorderster Front im gerechten Kampf der Massen stehen. Nicht ohne Grund heißt die Parole der KPD/ML, entgegen eurem "reinen Internationalismus": "Sieg im Volkskrieg, Klassenkampf im eigenen Land!" **Ihr habt den Kampf gegen den Faschisten Thieu benutzt, um abzulenken vom Kampf gegen die eigene Bourgeoisie, gegen die Klassenjustiz! Thieus Tigerkäfige habt ihr mit vielen Worten angeprangert. Aber daß in diesem Land hunderte politische Gefangene im Gefängnis sitzen, das habt ihr verschwiegen!**

Von Anfang an stimmte die 'Rote Fahne' ein großes Geschrei darüber an, daß hier ein Unschuldiger im Gefängnis saß – unschuldig nach den bürgerlichen Gesetzen. Daß diese Gesetze Gesetze des Kapitals sind, über die sich ein Kommunist hinwegsetzen MUSS, wenn er dem Volk, der Revolution dienen will – darüber habt ihr kein Wort verloren. Als es darum ging, Uli Kranzusch aus der Folter der Isolierhaft zu befreien, fiel euch als 'Argument' ein, daß Kriminelle wegen der gleichen Anklagepunkte ja auch nicht in Untersuchungshaft sitzen! **Um jedes demokratische Recht zu kämpfen, zu entlarven, wenn der Klassenfeind sogar seine eigenen Gesetze bricht, ist für jeden Kommunisten selbverständlich. Aber kein Kommunist kann hier stehenbleiben, ohne im Sumpf des Reformismus und Revisionismus zu versinken. Ihr aber seid stehengeblieben! Ihr habt nicht in erster Linie gekämpft gegen die Klassenjustiz, sondern gegen Gesetzesbrüche einzelner Richter und Gefängnisbeamter. Wo war auch nur einmal zu lesen, daß sich dieser Prozeß nicht allein gegen einen Genossen der Gruppe Rote Fahne richtet, sondern gegen den Kommunismus und die gesamte Arbeiterbewegung?**

Die gleiche Anbiederung an die Klassenjustiz, als ihr geschrieben habt, Uli Kranzusch hätte einen Knüppel von der Straße aufgelesen. Was wolltet ihr mit diesem halben Geständnis eigentlich erreichen? Jeder Kommunist hätte gesagt: **"Jawohl, die Demonstranten waren bewaffnet, und das war gut und richtig – aber daß dieser Genosse, der da angeklagt ist, bewaffnet war und zugeschlagen hat, das soll die Klassenjustiz erst einmal beweisen, und das kann sie nicht!" Anstatt zu sagen, daß die Massen sich gegen den staatlichen Terror bewaffnen müssen, bittet ihr die Klassenjustiz um Verständnis: Uli war ja schon halb bewußtlos.**

Auch im 'Rote-Fahne'-Artikel über das Urteil kein Wort darüber, was dieses Urteil bedeutet: Einen Schlag gegen die Arbeiterklasse, gegen die revolutionäre Bewegung.

In diesem Prozeß hat sich die opportunistische Linie der Gruppe Rote Fahne Dortmund in der Praxis gezeigt. Hier stand die Frage der revolutionären Gewalt an erster Stelle. Aber anstatt sich zur revolutionären Gewalt zu bekennen, statt an diesem Beispiel zu zeigen, daß die bewaffnete Revolution notwendig und gerechtfertigt ist, hat sich die Gruppe Rote Fahne vor dieser Aufgabe mit "reinem Internationalismus" und "Abwehrkampf um demokratische Rechte" gedrückt. Genau wie in den Streikkämpfen der letzten Monate hat sie in diesem Prozeß bewiesen, daß sie die Massen nicht im Tageskampf erzieht und vorbereitet auf die bewaffnete Revolution, sondern daß sie den revolutionären Weg verschweigt, um die Massen zu desorientieren, und führerlos in den Kampf zu schicken.

Stellungnahme der Redaktion: Warum Gruppe Rote Fahne

Leser des Roten Morgen haben wiederholt kritisiert, daß für die Organisation, die sich selber 'KPD' nennt, im Roten Morgen keine korrekte und einheitliche Bezeichnung verwandt worden ist. Diese Kritik ist berechtigt. Insbesondere die häufige Verwendung des Namens 'KPD' drückt (trotz der Anführungszeichen) ein Zurückweichen vor der Spaltertätigkeit dieser Organisation aus. Die Führer der GRF wollen, indem sie diesen Namen verwenden, den Anschein erwecken, als seien sie die bolschewistische Partei, die die revolutionäre KPD Ernst Thälmanns war.

Wir wollen nun nicht behaupten, die GRF sei keine Partei. Das ist sie. Sie hat ein politisches Programm, sie hat ein Statut, sie ist national organisiert. Aber sie ist weder nach ihrem Programm noch nach ihrem organisatorischen Aufbau eine kommunistische Partei. Der Raub des Namens KPD stellt deshalb eine Beleidigung der revolutionären kommunistischen Partei Ernst Thälmanns dar und ist ein Angriff auf die wirkliche kommunistische Partei in Westdeutschland und Westberlin, die KPD/ML. Darüberhinaus – und das wirft ein Licht auf die Politik dieser Organisation – verwischt dieser Namensraub den Trennungsstrich den die wirklichen Marxisten-Leninisten in der KPD nach deren revisionistischer Entartung vollzogen haben.

Wir werden diese Organisation darum jetzt Gruppe Rote Fahne nennen. Es sei noch ausdrücklich festgestellt, daß diese Bezeichnung die revolutionären Mitglieder der GRF genauso wenig beleidigen soll wie die Bezeichnung Gruppe Rote Fahne Bochum deren Mitglieder. Über eines allerdings müssen sie sich im Klaren sein: sie sind nicht Mitglieder einer kommunistischen Partei, sondern einer Spalterorganisation.



Am Sonntag den 18.11.73 ehrten Genossen der KPD/ML in Duisburg die Gefallenen des antifaschistischen Widerstandskampfes.

Kampf der Klassenjustiz

Terrorurteil gegen Genossen Jansen

Heinrich Jansen, angeblich Mitglied der Roten Armee Fraktion, wurde in West-Berlin zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Nach 12 Jahren Gefängnis für Horst Mahler, nach 3 Jahren Haft für Werner Hoppe, ist das ein neues Terrorurteil gegen einen RAF-Genossen. Jansen soll laut Anklage zwei Mordversuche an einem Polizisten begangen haben. Nachzuweisen waren diese Anklagepunkte nicht. Nicht einmal Patronenhülsen konnten gefunden werden, und die Polizeizeugen verwickelten sich ständig in Widersprüche. Und so "begründete" das Gericht, daß es den Lügen von Polizisten Recht gab: "Jansen muß geschossen haben, weil andernfalls die Polizeizeugen eine Straftat nur vorgetäuscht hätten".

Prozess gegen Breshnew-Demonstranten in Dortmund

Am 7. 11. beginnt in Dortmund der Prozeß gegen Genossen Sigi M.; der bei der Demonstration gegen Breschnew in Dortmund gefangengenommen und trotz einer schweren Krankheit 2 Tage lang im Sonnenbunker eingekerkert wurde. Der Genosse wird beschuldigt, mit einem "besonders gefährlichen Gegenstand" – nämlich mit einem Schuh – einen Polizisten schwer verletzt zu haben. Natürlich ist das eine Lüge und nur ein Vorwand, einen Kommunisten einzukerkern.

Dortmund:1.Mai-Demonstrant verurteilt

Genosse Friedrich A. ist in Dortmund wegen "Teilnahme an einer verbotenen Demonstration" – gemeint ist die Rote 1. Mai-Demonstration in Dortmund, die von der Polizei verboten wurde – zu einer Geldstrafe von 200 DM verurteilt worden. Der Strafbefehl hatte über 600 DM gefordert. Auch hier zeigte sich, wie "glaubwürdig" Polizeizeugen sind: Sie verwickelten sich in Widersprüche, wußten nicht einmal mehr, in welcher Reihe der Genosse marschiert war, usw. Gegen das Urteil wird Berufung eingelegt.

Arbeiter in Essen verhaftet

Zwei Tage lang wurde in Essen der Genosse Sigi von der Polizei festgehalten. Haftbefehlt war erlassen, weil er beim Verteilen eines antimilitaristischen Flugblatts von Polizisten aufgeschrieben worden war. Nach zwei Tagen Haft wurde er mit der Auflage, sich zweimal wöchentlich bei der Polizei zu melden, wieder freigelassen.

Marburger Studenten kämpfen gegen politische Knebelung

Korrespondenz:

Letzte Woche drohte der Präsident der Marburger Universität, Zingel, daß alle politische Literatur, die nicht von Hochschulgruppen stammt, verboten und notfalls mit Polizeigewalt entfernt werden soll.

Eine Protestkundgebung zahlreicher Studenten war die Antwort auf diese unverschämte Drohung. Zingel erschien und versuchte gleich, einem Studenten das Megaphon abzunehmen. Als er damit nicht weiterkam, drohte er, die Polizei zu holen, falls wir nicht verschwinden würden. Aber wir gingen nicht, im Gegenteil, immer mehr Studenten kamen dazu. Inzwischen war auch schon Polizei aufgerückt, griff aber noch nicht ein. Zingel weigerte sich, sein Verbot zurückzunehmen. 200 Studenten forderten daraufhin in einer Protestresolution die Einberufung einer Vollversammlung, wo Kampfmaßnahmen beraten werden sollten. Dieser Forderung schlossen sich in den folgenden Tagen immer mehr Studenten an.

Was können wir aus dieser Aktion lernen? Dort, wo der Kampf sich zuspitzt, antwortet die herrschende Klasse mit Gewalt, da ist auch die Universität keine friedliche Insel. Die Modernen Revisionisten spielen in solchen Situationen eine besonders schädliche Rolle. So forderte der revisionistische ASTA-Vertreter: Polizei und Studenten sollten das Gebäude verlassen -nach dem Motto: Bleibt friedlich, es hat keinen Zweck! So predigen diese Leute den Klassenfrieden und nützen damit der Bourgeoisie !

Dies gilt vor allem auch für die Genossen des KSV, die diese Aktionen initiiert hatten, in ihrem Verlauf aber über die Entartung des "linken Sozialdemokraten" Zingel den Kampf gegen den Modernen Revisionismus unter den Tisch fallen ließen.

Der KSB/ML Marburg muß noch stärker in diese Kämpfe gegen politische Knebelung eingreifen, und den revolutionären Zusammenschluß der Studenten vorantreiben.

Parteiveranstaltung

Am 1.12.1973 lädt die KPD/ML in Recklinghausen zu einer Veranstaltung ein mit dem Thema: "Die Lehren der Novemberrevolution." Es wird der Film gezeigt: Reform oder Revolution?
Die Veranstaltung findet statt in der Gaststätte Lindenhof, Dortmunder-str. 122, um 17 Uhr.

Solidaritätsspenden für politische Gefangene

Auf das Konto Karin Sandmann, 46 Dortmund, Dresdner Bank, Kto. Nr. 81 355 107 wurden unter dem Stichwort 'Solidarität' bisher eingezahlt:

08.10.	N.B., Dortmund	070,–
11.10.	H.Z., Kusterdingen	010,–
13.10.	H.M. Bochum	505,–
15.10.	P.R., Kiel	100,–
16.10.	Buchladen Münster	200,–
20.10.	Sammlung vor Kleinbetrieb in Marburg	030,38
22.10.	H.L., Westberlin	045,61
23.10.	F.G., Kiel	005,–
23,10.	H.P., Münster	012,85
23.10.	R.T., Detmold	020,–
29.10.	Straßensammlung der Roten Hilfe Braunschweig für Ford-Kollegen	050,–
31.10.	A.L., Würzburg	050,–
01.11.	Marburg, Veranstaltung zum Hamburger Aufstand	081,98
01.11.	Sammlung am Büchertisch des KSB/ML in Marburg	053,86
02.11.	Buchhandlung Rote Fahne, Münster	005,59
02.11.	H.B., Frankfurt	072,–
06.11.	Buchladen Roter Morgen, Westberlin	050,–
06.11.	Sturmtrupp ROTER MORGEN, München	023,–
13.11.	Sammlung in Heilbronn	020,–
13.11.	L.L., Nürnberg	020,–
13.11.	Veranstaltung Essen	133,–
16.11.	Borsig, Westberlin	106,–
	Summe:	1 664,27

Dortmund Kampf für ein Arbeiterjugend-Zentrum


Unter Polizeibewachung wird ein geräumtes Haus zugemauert

Der Kampf der Jugend im Dortmunder Borsigviertel um ein Jugendzentrum ist noch nicht zu Ende. Nachdem die Polizei bei zwei Hausbesetzungen mehrere Jugendliche verhaftet hatte (der ROTE MORGEN berichtete), rief der Aktionskreis Freies Jugendzentrum am 17.11. zu einer Demonstration auf.

Die Polizei reagierte mit Demonstrationsverbot! Am Tag der Demonstration wurden im Borsigviertel acht (!) leerstehende Häuser, aus Angst vor Besetzung, von Polizisten bewacht. Ein Riesenaufgebot von etwa 1.000 uniformierten Polizisten sammelte sich in der Innenstadt, wo die Demonstration stattfinden sollte. Dazu zivile Greiftrupps, die sich in die Demonstration einschlichen. 25 Jugendliche wurden festgenommen.

Trotzdem versammelten sich mehrere hundert junge Menschen, um für ihr Jugendzentrum zu demonstrieren. Transparente wurden aus Taschen und Jacken gezogen und blitzschnell entrollt. Zweimal gelang es, einen Demonstrationszug zu formieren.

Polizeiübung: Häuser befreien

Gegen die vielen Hausbesetzungen ging die Polizei immer mit Knüppel und Schlagstock vor. In Berlin begann sie nun mit einer regelrechten Übung zur "Befreiung besetzter Häuser". Am 13. 11. ließ die Polizei in der Passauerstraße Handzettel verteilen: "Das Einsatzkommando Schönberg veranstaltet am 14.11. . . im Abrißhaus Passauerstraße 11 eine Durchsuchungsübung. . . Seien Sie bitte nicht darüber beunruhigt, wenn Sie ein größeres Polizeiaufgebot feststellen, schußähnliche Geräusche oder Lautsprecherdurchsagen hören oder die Festnahme von Personen beobachten. . ."

Die Schöneberger Bevölkerung erlebte an diesem Tag vor der eigenen Haustür, was es heißt, wenn die Polizei Bürgerkriegsmanöver abhält. Aus der "Übung" wurde schnell Wirklichkeit: Eine Protestversammlung gegen dieses Bürgerkriegsmanöver wurde von mehrern Hundertschaften Polizisten auseinandergetrieben. Die Polizei schlug wild auf die Demonstranten ein, 3 Personen wurden festgenommen.

Richtfest in Duisburg: "Der Vogel hätte lieber in Bonn bleiben können"



Am 19.11.73 war Richtfest in einem neuen Wohnviertel in Duisburg an der Hagensallee. 394 Wohnungen wurden aus dem Boden gestampft. Die Mutter einer Familie, die schon dort wohnt: „Unsere Kinderzimmer sind bessere Hundehütten. Man kann nicht einmal zwei Betten nebeneinander stellen." Aber nicht nur die Enge der Wohnungen empört die Mieter. Keine Apotheke ist in der Nähe, keine Post. Für 300 Kinder gibt es keine andere Spielmöglichkeit als die benachbarten Schlackenhalden. Aussicht auf Änderung ist den Mietern schon lange versprochen — „aber es wird noch einige Jahre dauern", sagt die Stadt.

Sie interessiert nicht, daß ... Werktätigen menschenwürdig wohnen, sie interessiert die Miete, die aus den Wohnungen herauszuholen ist.

Ein großaufgezogenes Richtfest mit Bier und hohem Besuch aus Bonn sollte die Proteste beruhigen. Aber die Herren hatten sich getäuscht. Laute Buhrufe und Sprechchöre waren der Empfang für Wohnungsbauminister Vogel. Kommentar einer Mutter: „Der Vogel hätte lieber in Bonn bleiben sollen. Ein Bierfaß können wir auch selbst anschlagen.' Leere Versprechungen mochte niemand mehr hören.

Das war zuviel für den Minister. Er packte seine 5 Seiten lange Rede ein und schrie die Versammelten an: „Ein Glückauf all denjenigen, die außer ihrem Kehlkopf auch ihr Gehirn behalten haben."

Als die nicht endenwollenden Buhrufe Vogel und seinen Duisburger SPD-Kumpanen klargemacht hatten, daß solche unverschämte Beschimpfungen wohl nicht geeignet waren, das sowieso schon schwache Vertrauen in die volksfreundlichen Absichten von Regierung und Staat wieder aufzupolieren, war es zu spät.

Die Abschiedsworte Vogels: „In Duisburg ist in den letzten Jahrzehnten einiges geschaffen worden. Die Jugend findet jetzt ganz andere Möglichkeiten als ihre Eltern noch vor wenigen Jahren" — gingen in Buhrufen unter.

Bundeswehr: Vertrauensmann versetzt

In den letzten 2 Wochen ereignete sich folgendes im Panzergrenadierbatallion 72 in Hamburg-Fischbek:

Der Vertrauensmann in einer Kompanie sollte gewählt werden. Es gingen mehrere Vorschläge ein. Vorgeschlagen wurde auch ein fortschrittlicher Kamerad, der früher beim ADS(Aktionskreis Demokratischer Soldaten*) mitgearbeitet hatte und auch schon vom MAD verhört worden war.

Dieser Kamerad war ein ziemlich sicherer Kandidat für den Vertrauensmann-Posten.

Bevor die Kandidaten aufgestellt waren, trat der Kp-Chef der Kompanie an ihn heran und drohte ihm, daß, falls er Vertrauensmann werden sollte, er versetzt werden würde! Es existiert nämlich ein Divisionsbefehl in der 3. Panzerdivision, nach dem alle Vertrauensmänner auf ihre politische Vergangenheit geprüft werden sollen. Wenn jemand eine "unsaubere" Vergangenheit hat, dann soll er versetzt werden. Und dieser Kamerad war und ist politisch tätig !

Als er zur Wahl aufgestellt wurde, ist er tatsächlich in eine andere Kompanie des Batallions versetzt worden!

Die Empörung unter den Soldaten ist groß! Wir sind dieser Schikane z. Zt. noch ziemlich machtlos gegenüber, denn es gibt noch keinen organisierten Widerstand in unserem Batallion. Andererseits wird auch wieder deutlich, daß das Recht auf einen Vertrauensmann (Ebenso wie das Beschwerderecht) kein echtes Recht ist! Der Hauptmann kann diese "Rechte" so einschränken, wie er und die Bw-Führung es wollen !

Rotfront !

Ein Genosse aus Hamburg

*ADS = eine "antimilitärische" Organisation, die eng mit der D"K"P zusammenarbeitet. In ihr sind jedoch auch fortschrittliche Kameraden.

Schläger

In die städtischen Krankenanstalten Nürnberg wurde vor einigen Tagen ein entflohener Häftling eingeliefert, den Polizisten wieder "eingefangen" hatten. Diagnose: Distraler Oberarmbruch. Der Arm mußte operiert werden und hat nun ein Gipskorsett. Außerdem war der Patient am ganzen Körper mit blauen Flecken übersät. Offiziell sagte er aus, daß ihm einer der Polizisten mit der Handkante mehrmals auf den Arm geschlagen hätte. Wie kann es passieren, daß bei einer Verhaftung ein Mensch derart verletzt wird? Der Mann war so verschüchtert, daß er sich sicher nicht zu wehren wagte. Das Krankenhauspersonal war über dieses Vorgehen der Polizei sehr empört. Der Arzt schimpfte über die Polizei:" Als ob es nicht ohnehin schon genug Verletzte gäbe !" Natürlich wird der Polizeischläger nicht verfolgt. Von den Menschenrechten reden die Herrschenden nur —gehandelt wird in ihrem Staat anders !

Eine Krankenschwester aus Nürnberg

Korruption

Selbst in scheinbaren Kleinigkeiten zeigt sich, wie korrupt und verkommen das kapitalistische System ist. Nicht anders als ein indischer Nabob, leben auch "unsere" Politiker nicht schlecht von den Steuergeldern der Werktätigen - nur können sie es sich nicht leisten, die Verschwendung von Steuern so offen zu betreiben.

So gaben etwa 12 Ratsherren aus Karst für eine Vergnügungsfahrt mit ihren Ehefrauen nach München 12994 Mark aus für feinste Hotels, Taschengeld und Schlemmermahlzeiten in Münchens teuersten Restaurants. Um " sich besser kennenzulernen", fuhren Abgeordnete des Kreistages Geldern nach Wien zum Heurigen und verpraßten dort insgesamt 20 000 Mark. Kölner Stadträte flogen auf Kosten der Stadtkasse zu ihrem Privatvergnügen nach Finnland. Flugkosten pro Person: 820 Mark. Emdener Abgeordnete feierten den Abschluß eines Erdgasvertrages bei Striptease und Sekt und brachten in einer einzigen Nacht mehr als 5000Mark durch. Allein der Bürgermeister goß sich mehrere Flaschen Sekt hinter die Binde.

Und das ist nur die Spitze eines Eisberges! Solange es den Kapitalismus gibt, wird diese Korruption nicht aufhören. Erst im Sozialismus, wenn das Volk die Macht erkämpft hat,werden solche Politiker, die sich auf Kosten der Werktätigen vergnügen beseitigt werden!